No. 24. Jahrgang IV.

Allgemeine Israelitische Wochenschrift

Berlin, 14. Juni 1895.

Jeschurun.

Herausgeber: A. Levin, Berlin.

Bezugspreis: vierteljährl. 2 Mk.

Erscheint an jedem Freitag. Bezugspreis für das Ausland: Mk. 2,50. Zu beziehen durch die Post unsere Expeditionen und den Buchhandel

Redaktion und Verlag: Gr. Hamburgerstr. 21. Anzeigen, die Zeile 25 Pf., nehmen alle Anoncen=Expeditionen sowie unser Bureau entgegen.

Inhalt:

An die Herren Antisemiten.

Von M. A. Klausner.

Die publizistische Zentralstelle der Antisemiten wendet den Artikeln, die ich in diesem Blatte veröffentliche, Aufmerksamkeit zu. Das ist ihr gutes Recht. Sie verfolgt dabei den Zweck, durch zusammenhangslose und darum fälschende Zitate ihren Lesern eine falsche Vorstellung von meinen Absichten und Ansichten beizubringen. Das ist ihr Gewohnheitsrecht. Eine Antwort ist nicht nötig; aber es ist vergnüglich, die Armseligkeit der Gegner festzustellen, deren dürftiger Verstand ihnen nicht gestattet, zu anderen Trugschlüssen zu greifen, als die einem unter dem Durchschnitt begabten Klippschüler zu Gebote stehen.

In der „Volksrundschau," der „Leipziger Zeitung," der „Staatsbürger=Zeitung," der „Kreuz=Zeitung" und dem Stöcker'schen „Volk" finde ich den Ausdruck teutonischer Entrüstung darüber, daß ich in der Nummer 22 dieses Blattes die geschichtliche Thatsache erwähnt habe, daß wir deutschen Juden vor der Völkerwanderung nach Deutschland gekommen sind, Jahrhunderte ehe der Großvater des Mannes geboren war, der zum Stammhalter des ältesten Fürstengeschlechtes in Deutschland werden sollte. Hierin soll sich ein „unbegreiflicher Hochmut" offenbaren, der „gewisse Kreise des Judentums dazu treibe, sich an den deutschen Fürsten zu reiben."

So heißt es in der „Volksrundschau" und in der „Kreuz=Zeitung."

Der Vorwurf ist etwas unvorsichtig erhoben. Unsere Fürsten sind die Ersten des Landes, die Ersten im Lande sind sie nicht gewesen, und das macht auch ihren Rang nicht aus.

Uebereinstimmend deduzieren die genannten Antisemitenblätter sämtlich, daß meine historische Anführung den deutschen Juden mit dem höheren Alter zugleich ältere Rechte in Deutschland vindizieren, sie zu Deutschen erster Klasse gegenüber den anderen Deutschen machen solle. Das ist, mit Verlaub, keine richtige, es ist eine antisemitische Schlußfolgerung. Das höhere Alter begründet kein besseres Recht. Oder sind die Wittelsbacher in Deutschland Fürsten besseren Rechtes als die Hohenzollern, weil sie um Jahrhunderte älter im Lande sind als diese? Sind die Bewohner der östlichen Provinzen schlechtere Deutsche, weil sie dem Deutschtum erst ein halbes Jahrtausend später gewonnen worden sind?

Vielleicht sind die genannten Blätter in ihrer antisemitischen Schlußfolgerung ausnahmsweise einmal guten Glaubens gewesen, weil sie Alter und Adel für identisch gehalten haben. Die Verwechselung ist gerade dumm genug, daß man sie ihnen zutrauen dürfte. Giebt es doch Leute, die in aller Aufrichtigkeit besonderen Stolzes voll sind darüber, daß ihr Ureltervater Stallknecht oder Aufwärter gewesen und von seiner Marschall= oder Schenken=Thätigkeit den Namen behalten hat.

Das Alter unseres Deutschtums habe ich erwähnt, nicht aus Hochmut, sondern zur Belehrung derer, die mit der Geschichte nicht vertraut sind; ich habe es erwähnt zur Illustration des Patriotismus, den wir deutschen Juden zu einer Zeit schon bewährt und als in unser Fleisch und Blut übergegangen bewiesen haben, da die zeitgenössischen Deutschen noch nicht einmal diesen Begriff kannten.

Und nun eine Frage an die Herren Antisemiten, Chauvinisten und sonstigen Teutschen: Wie lange dauert es, bis man als Fremder die deutsche Nationalität oder als Deutscher eine fremde Nationalität gewinnt?

Natalie, des Exkönigs Milan Gemahlin, ist in Rußland geboren und jetzt Ur=Serbin.

Fürst Ferdinand von Koburg, als deutscher Fürst von einer französischen Mutter geboren, ist mit ganzem Herzen Bulgare.

König Karol, ein Prinz von Hohenzollern, ist mit Leib und Seele Rumäne.

Des deutschen Kaisers Schwester ist die zweite Frau in Griechenland und wird dereinst die erste Griechin sein.

Des deutschen Kaisers Schwägerin, vor Jahresfrist noch eine deutsche Prinzessin, ist jetzt die erste Frau in Rußland und die erste Russin.

Herzog Alfred von Sachsen=Koburg=Gotha war bis zum vorigen Jahre der zweite Gentleman in England, er ist jetzt ein regierender deutscher Fürst. Freilich war sein Vater ein deutscher Prinz aus dem Hause Koburg; doch darum war er selbst nicht weniger ein Engländer; denn sein

Bruder, der Prinz von Wales, desselben deutschen Prinzen Sohn, ist der erste Gentleman in England, der erste Engländer und dereinst König von England. Der Geburt nach ist die Nationalität des einen auch die des anderen, erst der Zufall eines Erbes hat den Unterschied hervorgerufen.

Hier zeigt sich in den Reihen der Fürsten eine erstaunliche Fähigkeit, eine Nationalität abzustreifen und eine andere zu gewinnen. Solche Fähigkeit ist von der großen Menge natürlich nicht zu erwarten, bei der es allerdings oft auch an dem guten Willen wie am Interesse fehlt. Man sieht es in Nordschleswig, man sieht es in Elsaß-Lothringen, man sieht es in den weiland polnischen Landesteilen. Wir aber, wir deutschen Juden, brauchen unser Deutschtum nicht erst zu beweisen, denn wir haben es durch lange Jahrhunderte bewiesen und deutschen Patriotismus in einem Maße bewährt, wie kein anderer deutscher Stamm es gethan, wie kein anderer deutscher Stamm es gekonnt hat!

Das Stöcker'sche „Volk" erwähnt in der gewohnten liebenswürdigen Weise, daß die „national empfindenden Deutschen" durch der deutschen Juden „zersetzenden Einfluß" in Gefahr kommen, „in ihren von der ganzen Welt geschätzten nationalen Tugenden, der Biederkeit, der Rechtschaffenheit und der Keuschheit Einbuße zu erleiden".

Die genannten Tugenden sind in der That von der ganzen Welt geschätzt, aber als allgemein menschliche, nicht als deutsch-nationale Tugenden, man müßte denn die Herren Leuß, Dr. Böckel und Freiherrn von Hammerstein-Kreuzzeitung als ihre besonderen Vertreter anerkennen.

Von „unchristlichen Neigungen im geschäftlichen wie im gesellschaftlichen Leben" spricht in demselben Zusammenhange die „Kreuzzeitung" des Herrn von Hammerstein. Wir können doch nicht Alle durch die Drohung mit Indiskretionen Unregelmäßigkeiten decken, die man für gewöhnlich mit weniger schonenden Namen belegt!

Ich habe in meinem Artikel in Nr. 22 dieses Blattes von der Stammesgemeinschaft der Juden gesprochen, die eine Thatsache ist, man mag sie preisen oder bedauern, und die man vor zweihundert Jahren nicht auflösen könne.

Die Herren Antisemiten thun ganz erstaunt über diese historische Anführung. Warum die Verstellung? Ist ihnen der Rassen-Antisemitismus vielleicht neu? Ist ihnen in manchen Prozessen durch eine gefällige Auslegungskunst der Richter das Bekenntnis zum Rassen-Antisemitismus nicht recht bequem geworden? In Wahrheit sind die Wackeren gar nicht erstaunt, sondern blos verlegen. Die „Volksrundschau" sagt nicht, daß ich lediglich eine Thatsache konstatiert habe, sondern versichert, sie entnehme aus meinem Artikel, daß „die Juden unter sich bleiben *wollen*", und daß „von einem Deutschtum der Fremdlinge, die selbst sagen, sie *wollten* ihre Stammesgemeinschaft unvermischt erhalten, natürlich überhaupt nicht die Rede sein kann".

Die Leser meines Artikels wissen, daß ich das nicht gesagt habe. Doch wenn ich es nun gesagt hätte? Die Juden befänden sich dann in der Gesellschaft der sozial bevorzugtesten Bevölkerungsschichten, den Alleredelsten der Nation, die auch nur „unter sich" bleiben wollen und jeder Vermischung die Anerkennung versagen.

Die „Staatsbürger-Zeitung" nennt es in Uebereinstimmung mit der „Leipziger Zeitung" anmaßlich, daß ich den deutschen Juden „das natürliche Recht, sich als eine Stammesgemeinschaft abzusondern", zuspreche. Das müsse, meint die „Staatsbürger-Zeitung", „selbst den gutmütigsten Deutschen in berechtigte Entrüstung versetzen". Die „Volksrundschau" nimmt mich hingegen in Schutz, denn sie sagt in unbewußter Anlehnung an das galizische Programm- und Aufruf-Deutsch von Karl Emil Franzos, ich „käme damit den Gefühlen aller wirklich Deutschfühlenden nur entgegen".

Mit den antisemitischen Blättern ist, natürlich in einem anderen Sinne, die „Volkszeitung" in der Verdammung meiner Ausführungen einverstanden, die sie allem Anscheine nach nur in dem sinnentstellenden Auszuge der antisemitischen Organe kennt. Sie druckt den von diesen Organen mit Vorliebe zitierten Satz ab und nennt ihn, vermutlich um damit die Legitimation besonderer Sachverständigkeit in jüdischen Dingen beizubringen, „Stuß". Sie giebt aber ihrem Urteil eine gewisse Unterlage, indem sie erläuternd ausführt, ich, ein verbohrter Talmud-Orthodoxer, hätte den „handgreiflichen Unsinn" verkündet, daß die Juden immer noch eine Nation in der Nation geblieben seien. — Mir wird damit zu viel Ehre zu teil, und die „Volkszeitung" zeigt sich allzu bescheiden. Der „handgreifliche Unsinn" rührt nicht von mir her. Es ist mir nicht eingefallen, von den deutschen Juden zu sagen, sie bildeten eine Nation in der Nation; ich habe lediglich die historische Thatsache erwähnt, daß sie eine gemeinschaftliche Abstammung haben und demgemäß eine Stammesgemeinschaft besitzen. Das läßt sich nicht leugnen und hindert auch das Deutschtum der deutschen Juden nicht, so wenig ihr Wendentum die Wenden hindert, gute Deutsche zu sein, oder ihr Wallisertum die Walliser, gute Engländer zu sein. Wer in Deutschland Staatsbürger ist, der ist Deutscher — das ist die einzige zulässige Definition der Nationalität in ihrer rechtlichen Beziehung; ethnologische Unterscheidungen gehen den Staat und das Verhältnis des Bürgers zum Staat so wenig an, wie konfessionelle Unterscheidungen. Daß die „Volkszeitung" für die Gleichberechtigung aller Konfessionsangehörigen, für die bürgerliche Gleichberechtigung aller Deutschen kämpft, wie sie bei dieser Gelegenheit zu erwähnen für gut findet, soll dankend anerkannt werden. Doch wenn sie glaubt, uns dafür zum Verzicht auf unser Judentum einladen zu dürfen, so erhält sie darauf ohne jede Entrüstung die einsilbige ablehnende Erwiderung, die ihr geläufig zu sein scheint: „Stuß!"

Die „Kreuzzeitung" geht in der Entstellung am weitesten, indem sie in Anknüpfung an meine, das Gegenteil beweisenden Aeußerungen, die deutschen Juden „fremdartige Elemente" nennt, die auch fremdartig bleiben *wollen*. Das „Volk" giebt sich wenigstens die Mühe, eine Art Mißverständnis zu konstruieren, indem es mir in den Mund legt, ich hätte gegenüber gestellt die deutschen Juden, die eine Stammesgemeinschaft geblieben, und die übrigen Stämme, die „sich vollständig assimiliert haben, daß sie durch und durch Deutsche geworden." Ich habe genau das Gegenteil gesagt, daß nämlich nicht allein die Juden eine Stammesgemeinschaft geblieben, daß noch andere Stammesgemeinschaften in Deutschland existieren, die von Tracht und Sitte und Sprache und Gewohnheit nicht lassen und doch Deutsche sind von unzweifelhaftem Patriotismus. Ich habe ausgeführt, daß die Vaterlandsliebe nicht unvereinbar ist mit alten, nicht einmal mit veralteten hebräischen Gebeten und ganz gewiß nicht mit der Kenntnis der hebräischen Sprache.

In diesem Punkte dürfen mir die Herren Antisemiten nicht entgegen sein, denn ihre hohen Protektoren Herr von Langen und Freiherr von Wackerbarth haben öffentlich, der

Eine in einer Schrift, der Andere im Abgeordnetenhause von ihren Quellenstudien gesprochen.

Freilich giebt es Ketzer, die behaupten, jene Herren hätten blos verwegen geprahlt, Herr von Wackerbarth könnte die Titel der von ihm angeführten Bücher, Herr von Langen könnte die eigenen Zitate nicht lesen, geschweige ihre Druckfehler korrigieren. Vielleicht versuchen die Herren Antisemiten, durch das Mittel des großen Bannes die Wahrheit festzustellen. Wenn Herr Ahlwardt droht, daß er von den Frevlern, die durch Erlernen der hebräischen Sprache den Stand der wissenschaftlichen Unschuld verloren haben, weder Mahl noch Obdach noch schnöden Mammon ferner nehmen wolle, dann werden die Renommisten sich winden und krümmen und angstvoll bekennen: „Ihr dürft nicht fluchen — ich weiß kein Hebräisch!“

Die Männer vom liberalen Komité aber werden an die Seite der vom schlimmen Verdachte Befreiten treten und mit dem überzeugenden Tone der Wahrheit sagen: „So unwissend in hebraicis wie die, sind wir schon lange!“

Aus der Berliner Gemeinde.

I.

Die Sitzung der Repräsentantenversammlung am 9. Mai war sehr spärlich besucht, nur ein rundes Dutzend der Herren waren zugegen, während der Vorstand fast vollzählig am Platze war. Und doch waren, wie unsere Leser aus dem nachfolgenden Berichte entnehmen werden, die vorliegenden Beratungsgegenstände interessant und wichtig genug, um selbst in der gegenwärtigen Jahreszeit die Herren Gemeindevertreter zu veranlassen, etwas reichlicher an Zahl zur Stelle zu sein. Eröffnet wurde die Sitzung mit einer Reihe von Mitteilungen. Wie erinnerlich, wurden in der letzten Sitzung 300 Mark bewilligt zur Entsendung von Waisenkindern in Ferienkolonien. Der Vorstand hat sich jetzt damit einverstanden erklärt. Der Hauptkassenrendant, Herr Jakoby, nimmt für einige Zeit Urlaub. Die Herren Dr. Lachman und Direktor Herrmann vom Vorstande werden während dieser Zeit sein Amt übernehmen.

Auf eine durch die Repräsentantenversammlung veranlaßte Eingabe des Vorstandes an das Polizeipräsidium, dahingehend, zu gestatten, daß die im Herbst stattfindenden Repräsentantenwahlen nach dem im neuen Statut vorgesehenen Modus der geheimen Wahl stattfinden, ist der Bescheid erfolgt, daß eine solche Wahl nur dann in der angegebenen Weise erfolgen könne, wenn der Herr Oberpräsident bis zu jenem Zeitpunkte dem neuen Statut seine Genehmigung erteilt habe.

Frau Militzsch hat der Erziehungsanstalt in Pankow ein Legat von 4500 Mark ausgesetzt. Erschwerende Bedingungen sind an diese Schenkung nicht geknüpft, der Vorstand hat seine Genehmigung bereits erteilt, und erklärte sich auch die Versammlung mit der Annahme der Schenkung einverstanden.

Hierauf erstattet Herr Maurermeister Fränkel namens der Baukommission Bericht über den Neubau des Hospitals. Die Kommission beantragt, für den Rohbau die Summe von 116 880 Mark zu bewilligen, für den weiteren Ausbau des Gebäudes eine Summe bis zur Höhe von 140 620 Mark dem Vorstande zur Verfügung zu stellen. Letztere Form deshalb, weil über verschiedene Einzelheiten bislang noch keine definitive Einigung herbeigeführt sei. Wie der Referent mitteilt, sind auf Grund der ausgeschriebenen Submissionen 7 Offerten eingegangen, von denen die niedrigste 116 880 Mark, die höchste 162 000 Mark, soweit der Rohbau in Frage kommt, beträgt. Die Kommission hat im Einverständnis mit dem Vorstand das niedrigste Angebot acceptiert und mit dem betreffenden Unternehmer bereits einen Kontrakt stipuliert. Herr Fränkel hatte daran Mancherlei auszusetzen, ohne im einzelnen das Was und Warum anzugeben. In ziemlich erregter Weise bemängelte der Referent, daß die Bauanschläge, Pläne, Zeichnungen u. s. w. zu spät in die Hände der Baukommission gelangt seien, und daß daher bei der Kürze der Zeit die Prüfung des vorhandenen Materials keine allzu gründliche gewesen sein könne. Auch scheinen bei dieser Gelegenheit wiederum allerlei kleine Kompetenzstreitigkeiten mit unterlaufen zu sein, denn Herr Fränkel forderte mit großer Entschiedenheit, daß die Baukommission auch während der Zeit des Baues das Recht der Kontrolle und Mitbestimmung haben solle, und wie aus den Erwiderungen vom Vorstandstische hervorzugehen scheint, ist der Vorstand durchaus nicht geneigt der Baukommission dieses Recht einzuräumen. Auch sonst scheint diese Vorlage keine leichte Geburt gewesen zu sein, denn der Referent betonte, daß er diese Vorlage allerdings zur Annahme empfehle, aber nur, weil ihm vom Vorstande auf das bestimmteste versichert worden sei, daß noch mancherlei Aenderungen vorgenommen werden sollten. Die Herren Justizrat Meyer, Sanitätsrat Dr. Wiesenthal und Jacoby vom Vorstande schienen gleichfalls in recht kampfeslustiger Stimmung zu sein, und ihre Entgegnungen klangen infolge dessen mitunter sehr gereizt. Die Diskussion dauerte ziemlich lange, führte aber schließlich zur einstimmigen Annahme der geforderten Summen. Gleichfalls bewilligt wurden alsdann nach dem Antrage desselben Referenten 12 000 Mark für einen Umbau am Erziehungshause in Pankow. Es sollen auf diese Weise verschiedene Klassenzimmer, sowie die Wohnung des Direktors neu- bzw. umgebaut werden.

Dem Religionsverein Bené Berith wurden alsdann 1000 Mark als Subvention bewilligt. Wie der Referent, Herr Leonhard Sachs, mitteilt, haben die angestellten Informationen ergeben, daß der bisherige Direktor der Religionsschule, Herr Dr. Kroner, am 1. Juli sein Amt niederlegen werde. Da es vor der Hand noch ungewiß ist, wer sein Nachfolger und ob es eine tüchtige, bewährte Kraft sein werde, so bewilligte die Versammlung, da Vorsicht die Mutter aller Weisheit ist, die oben erwähnten 1000 Mark nur für ein halbes Jahr, während die betreffende Schule sonst immer den Betrag von 2000 Mark für ein volles Jahr erhielt.

Im Nordwesten von Berlin soll von Gemeindewegen eine neue Religionsschule eingerichtet werden. Ja, es geschehen noch Zeichen und Wunder! Wer hätte das vor Jahresfrist noch für möglich gehalten? Oder werfen etwa auch in diesem Falle große Ereignisse ihre Schatten voraus? Sollte vielleicht der Gedanke an die Repräsentantenwahlen im Herbst und die immer mehr sich geltend machende Stimme der öffentlichen Meinung mitbestimmend gewesen sein bei solch' ungewohntem Thatendrange? Gleichviel, das Ereignis steht fest. Wie der Referent, Herr Leonhard Sachs, mitteilt, hatte die Schulkommission den Antrag gestellt, zwei Religionsschulen neu zu begründen, eine im Osten von Berlin und eine im Nordwesten. Der Vorstand hat jedoch durch den ersten Teil des Antrages einen dicken Strich gemacht,

Bedürfnis liegt nicht vor, wie Schema F. lautet. Des Weiteren entnehmen wir, daß die geforderte Summe 4800 Mark beträgt. Die Schule soll zunächst nur die beiden untersten Klassen enthalten; als Leiter ist bereits eine bewährte Kraft in Aussicht genommen, außerdem sollen noch 4 Lehrer, à 500 Mark, angestellt werden. Vorausgesetzt wird, daß die städtischen Behörden mit gewohnter Koulanz die erforderlichen Räumlichkeiten unentgeltlich zur Disposition stellen. In seiner bekannten, ebenso schlichten, wie warm beredsamen und darum so überzeugenden Weise befürwortete Herr Sachs den Vorschlag, richtete aber gleichzeitig an den Vorstand die Bitte, auch die Errichtung einer Schule in Berlin O. weiter im Auge zu behalten. Von den Herren Repräsentanten begehrte niemand das Wort. Nur Herrn Justizrat Meyer vom Vorstand schien es vor seiner Gottähnlichkeit bange geworden zu sein, die so lange Jahre hindurch die religiöse Erziehung der Jugend auf dem Status quo ante belassen hatte. Mit einem Tone, in welchem eine Art von Wehmut mit dem Gefühle stiller Resignation und Ergebenheit in alles, was auch kommen möge, gar rührend sich mischte, versetzte er sich noch einmal hinein in die gute alte Zeit, die er selber mit rührender Sorgfalt bis an die Schwelle der Gegenwart zu konservieren sich redlich bemüht hat, wo Vorstand und Repräsentantenkollegium in nie getrübter Seelenharmonie auf diesem Gebiete jede selbständige Initiative weit von sich abwiesen, und zum Ersatz dessen Vereinen und Privatgesellschaften die Sorge um die religiöse Unterweisung der Jugend überließen, denen man dann, ut aliquid fiat, kärglich bemessene Subventionen in den Schoß warf. Für den Osten Berlins ist nach Ansicht des Herrn Justizrats auch heute noch durch Privatschulen hinreichend gesorgt, sollte jedoch später einmal die Notwendigkeit an den Vorstand herantreten, so werde derselbe mit sich reden lassen. Natürlich wurde die Position einstimmig bewilligt. So hat denn die Gemeinde eine Religionsschule mehr, der Vorstand kann sein mahnendes Gewissen bis zum Herbst beschwichtigen, die „Liberalen" haben einen neuen Grund zum Lob und Preis des alten Vorstandes und einen neuen Vorwand, alles Bestehende hübsch beim Alten zu lassen, und die Rufer im Streit, die nicht müde werden, immer und immer wieder den Finger auf die Wunde zu legen und dafür als Orthodoxe und Friedensstörer verschrieen werden, eine neue eklatante Genugthuung.

Zum Schlusse der Sitzung stellte Herr Justizrat Tiktin noch einen dringlichen Antrag. Der Antrag hat eine Vorgeschichte. Bekanntlich machte unter den üblichen Randbemerkungen vor kurzem eine Geschichte die Runde durch die antisemitischen Blätter, nach welcher an einer Berliner Gemeindeschule eine jüdische Lehrerin christlichen Religionsunterricht erteilt habe. In der That stellte sich alsdann heraus, daß dieses Mal ausnahmsweise etwas Wahres daran war. Gleichviel wem die Schuld an diesem Ereignis, das ja unläugbar eine nicht zu billigende Taktlosigkeit darstellt, zufällt, ob dem christlichen Rektor, der einer jüdischen Lehrerin jenen Auftrag erteilte, oder der jüdischen Lehrerin, welche schwach genug war, solchem Auftrage Folge zu leisten, in jedem Falle liegt doch nur das Verschulden eines Einzelnen vor. Aber auch hier sollte wieder einmal die Gesamtheit büßen, was der Einzelne gesündigt. Vor einiger Zeit sah sich die städtische Schuldeputation in die Lage versetzt, den bereits als Hospitantinnen zugelassenen jüdischen Lehrerinnen den Bescheid zuzustellen, daß auf Grund eines Reskripts des Königl. Provinzial-Schulkollegiums die Verwendung jüdischer Lehrkräfte auf diejenigen Fälle zu beschränken sei, in denen es sich um die Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts handelt. Infolgedessen sei die Aussicht auf honorierte Beschäftigung im städtischen Dienste so gering geworden, daß den betreffenden Lehrerinnen der Rat erteilt werden müßte, vom Hospitieren an den Gemeindeschulen Abstand zu nehmen. Dies der Sachverhalt. Herr Dr. Tiktin stellte nunmehr den Antrag, den Vorstand zu ersuchen, gegen diese Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vorstellig zu werden, und eventuellen Falles beim Minister Beschwerde einzulegen, der Repräsentantenversammlung aber über die unternommenen Schritte und ihre Wirkungen zu gegebener Zeit Bericht zu erstatten. Nach einer kurzen Befürwortung durch den Antragsteller bezeichnete Herr Louis Sachs es als geradezu unerhört, daß man den Mißgriff oder das Verschulden Einzelner einem so großen Teile unserer heranwachsenden Jugend entgelten lasse, die im Unterrichtsfache ihr redliches Auskommen zu finden sich bemühe. Redner, der als Stadtverordneter die Verhältnisse genau kennt, erklärt, im Magistrat sei man ob solcher Maßregel geradezu deprimiert. Ferner weist Herr Sachs darauf hin, wie schwierig es bisher schon gewesen sei, für jüdische Lehrerinnen Anstellung zu finden; wer das unter den jetzigen Verhältnissen noch fertig bringe, verdiene einen Orden. Sonst beteiligte sich keiner der Herrn Repräsentanten an der Erörterung. Welches Mißverständnis hier vorliegt, wird an einer anderen Stelle dieses Blattes dargethan. —g

* * *

— **Ein Mißverständnis.** Ich erfahre soeben, daß die Repräsentantenversammlung der Gemeinde Berlin auf Antrag des Herrn Justizrats Tiktin beschlossen hat, durch Vermittelung des Vorstandes nötigenfalls bis in die Ministerialinstanz gegen eine Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vorstellig zu werden, durch welche die städtische Schuldeputation angeblich angewiesen wird, die Verwendung jüdischer Lehrkräfte auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen es sich um die Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts handelt.

Hier liegt ein Mißverständnis vor, von dem es schwer begreiflich ist, wie es hat entstehen, unbegreiflich, wie es ansteckend sich hat übertragen können.

Der Wortlaut des in Frage stehenden Reskripts liegt mir nicht vor, wohl aber das Schreiben an die jüdischen Lehramts-Aspirantinnen, zu dem die städtische Schuldeputation durch jenes Reskript sich bewogen gefühlt hat. Hier ist es:

> „Nachdem das königliche Provinzial-Schulkollegium angeordnet hat, daß die Verwendung jüdischer Lehrkräfte zur Aushilfe auf diejenigen Fälle zu beschränken sei, in denen es sich um die Erteilung des jüdischen Religions-Unterrichts handelt, ist die Aussicht auf honorierte Beschäftigung im städtischen Dienst für Sie bis auf weiteres so gering geworden, daß wir Ihnen den Rat erteilen müssen, vom Hospitieren an den Gemeindeschulen Abstand zu nehmen. Berlin, 6. Juni 1895. Die Städtische Schuldeputation."

In Wahrheit hat das Provinzial-Schulkollegium nur gethan, was seine Pflicht ist, hat es nur angeordnet, was eigentlich selbstverständlich ist: daß nämlich mit der aushilfsweisen Erteilung von Religionsunterricht nur Lehrkräfte beauftragt werden sollen, derjenigen Religion angehörig, in welcher der Unterricht zu erteilen ist, daß also Lehrkräfte jüdischen Bekenntnisses nur jüdischen, nicht aber, wie in einem einzelnen Falle mißbräuchlich geschehen, christlichen Religionsunterricht erteilen dürfen.

In Anbetracht des Anlasses zu diesem Reskript ist seine Absicht meines Erachtens unverkennbar, selbst wenn der sprachliche Ausdruck, was ich nicht wissen kann, jedoch für möglich und angesichts der Folgen sogar für wahrscheinlich halte, nicht ganz einwandfrei gewesen. Für die städtische Schuldeputation aber — ich meine ihren Verstand und nicht ihr Herz — ist es kein sonderlicher Ruhm, daß ihr eine sprachliche Ungenauigkeit genügte, die thatsächliche Ungeheuerlichkeit anzunehmen: daß das Provinzial-Schulkollegium ganz plötzlich und im Widerspruch zu der seitherigen Dienstpragmatik einfach verfügte, jüdische Lehrkräfte fernerhin ausschließlich zur Erteilung jüdischen Religionsunterrichts heranzuziehen. Es ist wunderbar, mehr als wunderbar, daß die städtische Schuldeputation solche Verfügung zwar mit Schmerz, doch ohne thatkräftigen Widerspruch hinnehmen wollte und den jüdischen Lehramts-Bewerberinnen den wohlgemeinten Rat erteilte, den Beruf aufzugeben.

Herr Louis Sachs, so wird mir erzählt, hat der Repräsentantenversammlung mitgeteilt, daß man im Magistrat über jenen Erlaß geradezu deprimiert sei.

Danach hätte der Magistrat das Mißverständnis der Städtischen Schuldeputation geteilt. — Er muß in der That deprimiert gewesen sein.

Unsere Herren Repräsentanten mögen sich beruhigen, der verehrliche Vorstand braucht sich nicht zu bemühen, der hochlöbliche Magistrat darf sich der gedrückten Stimmung entschlagen, die Städtische Schuldeputation beeile sich, ihr kondolierendes consilium abeundi zu widerrufen: es ist alles nur ein Mißverständnis gewesen.

Das Mißverständnis ist hier aufgeklärt.

Wer aber unternimmt es, aufzuklären, wie es kam, daß das Mißverständnis auch in unserer erleuchteten Repräsentantenversammlung keine Aufhellung erfuhr?

M. A. Klausner.

Die Privatgemeinden in Berlin.

Von Ben Minan.

V.

Wir kommen nach dieser Abschweifung nunmehr zu der Entstehung der ersten Privatgemeinden Berlins. Wir verließen die drei Landsleute, wie sie beim Glase Bier die Angelegenheiten der Gemeinde besprachen. Sie zogen eine Parallele zwischen den musterhaft geleiteteten Kehillos in Meseritz, Fordon und Wongrowitz und der Gemeindeleitung in Berlin, wo so vieles zu wünschen bliebe. Perl beklagt sich, daß er bei seiner Jahrzeit in der großen Synagoge keinen Kaddisch derabbonon sagen durfte und Levinsohn ist empört, daß man dort auch im Sommer Maschiw horuach sagt. Meyer vermißt sogar in der alten Schul den Jekum purkon, und so haben alle Kumpane ihre Klagen. Sie haben ihre Beschwerden schriftlich beim Vorsteher eingereicht, der Eine sogar wegen des Rabbonon-Kaddisch sich an das Kultusministerium gewandt, aber keiner hat eine Antwort bekommen. Alle drei waren tief empört und Levinsohn schwört den überflüssigen Maschiw horuach auf den Tisch des Hauses zu legen, sobald die öffentliche Gemeindeversammlung abgehalten werde.

„Was red'st du für Stuß, Levinsohn", repliziert Meyer, „bis zur Versammlung vergehen noch 15 Monate, und da diese im Oktober stattfindet, so hat doch dein Schmerzenskind während des Winterhalbjahres in allen Synagogen Geltung! Unsere Beschwerden haben keinen Wert, ich weiß einen besseren Rat: bilden wir doch einen Privat-Minjan! Ich komme am Freitag Abend und Sabbat mit meinen zwei Jungen, ihr stellt mit euren Leuten mindestens fünf, und aus unserer Nachbarschaft kommen mindestens noch zehn Minjanmänner. Meine größte Stube räume ich zu einem Betsaal ein. Mein Nachbar Cohn hat aus Zinten seine Sefer-tauro und Hirschberg kann lei'nen. Dawnen kämen wir alle abwechselnd. Da habt ihr die Lösung. Wir brauchen die weiten Wege nicht mehr zu machen und Perl kann nach jedem Gottesdienst Rabbonon-Kaddisch sagen."

Der Vorschlag fand begeisterten Beifall und jeder der drei versprach weitere Mitglieder zu werben.

Am nächsten Sabbat fand der erste Gottesdienst statt und alle Beteiligten waren hochbefriedigt, denn sie hatten alle ihre Rechnung gefunden: Cohn konnte lei'nen, Meyer Maftir sagen, Perl der Rabbonim freundlich gedenken und von den Uebrigen bekam jeder eine Alija, was ihnen in einer Berliner Synagoge noch nicht passiert war.

Vier Wochen später hatte sich die Privatgemeinde konstituiert. 30 Mitglieder hatten sich zu einem monatlichen Beitrage verpflichtet, wovon die ersten Einrichtungen beschafft wurden und die drei erstgenannten Entrepenneure wurden bei der ersten Generalversammlung als Vorsteher der Gemeinde erwählt. Das war die erste Staffel zur Befriedigung der Ehrsucht und der religiösen Bedürfnisse in N. oder O. oder N.O.

Als die hohen Feiertage herannahten, machte man den zweiten entscheidenden Schritt zur Konsolidierung der Gemeinde. Es wurde ein Lokal mit 200 Sitzplätzen gemietet, ein Kantor und ein Prediger für diese Tage engagiert, und man konnte nach den Feiertagen mit einem Plus von einigen hundert Mark und fast 100 Mitgliedern die Rechnung abschließen. Jetzt galt es namhafte Mitglieder, in erster Reihe Aerzte, Rechtsanwälte, Bankiers als Repräsentanten zu gewinnen, was auch in der ersten Zeit gelang. Nun trat man offiziell in die Aktion. Es wurde ein Zirkulair entworfen, worin den Mitgliedern der jüdischen Gemeinde die kirchliche Notlage der ärmeren jüdischen Bevölkerung an der Peripherie geschildert wurde. Man könne bei der großen Entfernung den Gottesdienst nicht besuchen; die zahlreichen Kinder wüchsen ohne Religionsunterricht auf u. s. w. Dieser Aufruf wurde in vielen hundert Exemplaren nach dem Westen und an die als wohltätig bekannten Glaubensgenossen versandt und that stets seine Wirkung. Es gingen außerordentliche und ordentliche Beiträge ein, d. h. einige sandten einen einmaligen Beitrag, andere verpflichteten sich alljährlich eine bestimmte Summe zu zahlen.

Nach diesem Rezept wurden in Berlin sämtliche Privatgemeinden, Vereine für Witwen und Waisen, für Kranke und Wöchnerinnen, für Invaliden jedes Genres gegründet und erhalten. Die Berliner jüdische Gemeinde war und ist eine Kehilla der Wohlthätigkeit par exellence, aber die Wohlfahrtsbestrebungen wurden immer zersplittert und die Anregungen gingen öfters von unberufener Seite aus. Unzählige Sammlungen durch Zirkulaire, Wohlthätigkeits-Konzerte und Bälle wurden ohne Kontrolle erlassen und abgeschlossen. Man verstehe uns recht; nichts liegt uns so fern, als die Männer, welche derartige Bestrebungen fruktifizierten, irgendwie zu verdächtigen. Im Gegenteil, sie haben die Erträge nicht

allein auf das redlichste verwaltet, sondern auch kostbare Zeit und unendliche Mühe verwendet, um ihre Sachen zu fördern, allein ihnen fehlte erstens die richtige Legitimation und in ihren Händen konzentrierte sich durch die großen oder kleinen Beträge eine gewisse Macht, die sie oft und besonders bei der Leitung der Privatgemeinden mißbrauchten. Wir werden das letztere noch zu beweisen haben.

Im Laufe der Jahre hat dieses System an Wirkung verloren. Man ist nicht mehr naiv genug, um jeden Aufruf ohne weiteres zu berücksichtigen, sondern auch die oberen Zehntausend fangen an die Bedürftigkeit und Würdigkeit der Petenten zu untersuchen. Durch die Subventionen, welche die Hauptgemeinde den Nebengemeinden bewilligt, können letztere nicht mehr an den einzelnen herantreten. Es bildet sich in Berlin allmählich das Prinzip der Konzentration auf dem Gebiete der Wohlthätigkeits-Institute aus. Selbst Herr Hermann Abraham z. B., der ja selbst viele Jahre auf eigene Verantwortung und unter nimmerruhender Thätigkeit Konzerte und Bälle für verschiedene Zwecke arrangiert, — er, der am meisten Erfolge in dieser Beziehung zu verzeichnen hatte, ist nun zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von ihm gegründeten Institute nur durch richtige Verwaltung gedeihen können. Der Anfang ist gemacht. In der Gormannstraße erhebt sich ein Haus, das mehrere Wohlthätigkeits-Institute aufnehmen soll und in diesem Sinne wird sowohl der Genannte wie auch die bestehenden Logen wieder arbeiten. Die einzelnen, und wenn sie sich auch Vorsteher, Vorsitzender oder Präses irgend einer Gesellschaft nennen, haben keinen Aufruf mehr zu erlassen und sollen keine Verfügungen über Gelder haben, die ihnen im guten Glauben auf richtige Verwendung gegeben sind. Die einzelnen Vereine sollen sich auch der Gesamtheit unterordnen, sonst wird „die Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage!" —

In dieser Beziehung schreitet Israel rüstig und unbeirrt fort, nicht trotzdem, sondern weil wir beobachtet werden und weil selbst unsere besten Handlungen unter der Lupe der Verdrehungen von seiten unserer lieben Hamane zu Verbrechen gestempelt werden. Die urteutsche „Staatsbürgerzeitung" nimmt mit Genugthuung aus unserm vorigen Artikel, den sie natürlich aus dem Zusammenhange reißt, von dem Bekenntnis Notiz, daß sich die Juden Berlins seit 20 Jahren besonders durch Zuzug vermehrt haben. Selbstredend, biedere Bürgerin, woher denn sonst? Die Einwohnerzahl Berlins hat sich seit derselben Zeit um eine volle Million vermehrt. Sind diese vom Himmel gefallen oder aus Sümpfen emporgewachsen?

Gewiß wird die landsmännische Geselligkeit in unseren Vereinen anders gepflegt als in den antisemitischen Volksversammlungen. Bei einer einzigen Sitzung irgend eines jüdischen Wohlthätigkeits-Vereins wird mehr für irgend einen guten Zweck gesammelt, als in antisemitischen Volksversammlungen in einem Monat in Bier ver—trunken wird. Viele von uns können nicht zwei Glas Bier vertragen, aber mit leichtem Herzen gelegentlich für eine arme Familie 500 Mk. zeichnen. Wir acceptieren den Unterschied zwischen dieser teutschen Vereinsthätigkeit durch Leerung von Fässern Bier und jüdischer Herzensthätigkeit durch Leerung des Geldbeutels und Füllung der bedürftigen Hände.

Die Lehrerkonferenzen.

Die in der ersten Hälfte der vorigen Woche abgehaltenen Versammlungen der israelitischen Lehrer Deutschlands waren, wie aus den uns zugegangenen offiziellen und privaten Mitteilungen ersichtlich, im allgemeinen besser besucht und die Debatten und freien Besprechungen reger und lebhafter als sonst. Kein Wunder. Beschäftigten sich doch alle Versammlungen und Versammelten mit einer eminent wichtigen Frage, mit der Frage der Vereinigung aller deutsch-israelitischen Lehrer, — mit einer Frage, an deren Lösung sich so viele Hoffnungen und — Wünsche knüpfen, und die in der That von unabsehbarer Tragweite ist! Und wir wollen nur gleich konstatieren, daß die Vereine sich ohne Ausnahme für die Gründung eines D. J. L. V. ausgesprochen und Vertreter für die bevorstehende Delegierten-Versammlung ernannt haben.

Ueber die Verhandlungen in den einzelnen Vereinen erhalten wir folgende Berichte:

1. Aus Hörde: Am 2. und 3. dies. Monats tagte hier der Verein für Rheinland-Westfalen. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Steinweg-Rheda eröffnete die Jahresversammlung mit Willkommensgruß und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach dem Kassenbericht ist der Vermögensstand des Vereins jetzt 81258,77 Mk. Der aus dem Vorstande ausscheidende Herr Hauptlehrer a. D. Blumenfeld-Essen wurde hierauf zum Ehrenvorsitzenden ernannt. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Aufruf des D. J. G. B. zur Bildung eines D. J. L. V. übergehend, nahm Herr Levy-Neuß das Wort und befürwortete den Anschluß, welcher auch nach kurzer Debatte genehmigt wurde. Den größten Teil der Zeit nahm der nun folgende Punkt der Tagesordnung ein: Aenderung der Statuten, welcher schließlich ein negatives Resultat erzielte, da nach längeren Wortgefechten eine Aenderung abgelehnt wurde. Dieser Punkt hat nämlich seine Vorgeschichte. Vor einigen Monaten trat ein Teil der westlichen Lehrerschaft zusammen, um seine eigenen Ziele zu verfolgen. Diese Sezession verlangte nun Konzessionen bezüglich der seit 40 Jahren bestehenden Kassenmitgliedschaft. Nach gründlichen Auseinandersetzungen ist also eine Aenderung nicht beliebt worden. — An Stelle des ausscheidenden Vorsitzenden Hauptlehrers a. D. Blumenfeld-Essen wurde Herr Hauptlehrer Graf in Essen mit großer Majorität in den Vorstand gewählt. Seminarlehrer Treu in Münster sprach sodann über die Konzentration der zum Religionsunterrichte gehörenden Fächer. Er führt die Hauptursachen an, warum der Religionsunterricht in unseren Schulen jetzt so vielen Schwierigkeiten begegnet und zur Lösung der brennenden Frage die Konzentration in Vorschlag gebracht ist. Dieses führt zu den weiteren Fragen: Was soll man unter dem Begriffe verstehen? Welche Unterrichtszweige machen das Gebiet aus oder sind Hilfsdisziplinen und fallen in die konzentrischen Kreise? Wie sind die Stoffe zu verlegen, und methodisch zu behandeln? Die Konzentration soll eine zweckentsprechende Ausnutzung der dem Gegenstande spärlich zugemessenen Zeit vermitteln durch Verschmelzen mehrerer Gegenstände in einander. Sie ermöglicht eine Vereinfachung, damit ein Ersparen an Kraft und Zeit, ergiebt Einheitlichkeit in den verschiedenen Zweigen, wodurch der Unterricht belebt, das Interesse gehoben wird. In der Vereinfachung ergiebt sich durch die Beziehungen des Verwandten ein vorzügliches Mittel, das Gedächtnis zur treuen Schatzkammer auszubauen und die Teilname des Herzens und Willens zu befruchten.

— Den letzten Punkt der Tagesordnung füllten die „freien Besprechungen“ aus. Aus denselben heben wir die wohlberechtigten Klagen über die Recht- und Schutzlosigkeit der jüdischen Lehrer an Privatschulen hervor. Man sollte es kaum glauben, wie es möglich wäre, älteren im Schuldienste ergrauten Lehrern, aus Furcht, denselben eine Pension zahlen zu müssen, ohne weiteres, wenn ihre Kräfte ermatten, den Stuhl vor die Thüre zu setzen! Die Regierung kann es nicht dulden, daß die im Dienste alt gewordenen Lehrer schlechter behandelt werden, als jeder Arbeiter, der doch wenigstens, wenn arbeitsunfähig, durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz einen Notgroschen hat. Diesem Uebel kann ohne große Schwierigkeiten begegnet werden, wenn die Regierung — ein kleiner Druck genügt — veranlassen würde, daß sämtliche Privatschulen in öffentliche Schulen umgewandelt würden; dann werden die unaufhörlichen Klagen der Lehrer verstummen.

2. Aus Hannover: Am 3. und 4. d. M. hielt der Verein jüdischer Lehrer in der Provinz Hannover seine diesjährige Versammlung in Hannover ab. Der Vorsitzende eröffnet morgens 10 Uhr die Versammlung, begrüßt die Anwesenden in herzlicher Weise und schließt mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach der Begrüßung seitens der anwesenden Herren Landrabbinern, des Seminardirektors Herrn Dr. Knoller und des Vertreters des D. J. G. B. Herrn Rechtsanwalt Dr. Benfey Hannover erfolgt Berichterstattung die wegen des umfangreichen Materials bezüglich der Gründung eines D. J. L. B. eine geraume Weile in Anspruch nimmt. Nach entgegengenommer Berichterstattung erfolgt Vorstandswahl. Der bisherige erste und zweite Vorsitzende werden durch Acclamation wiedergewählt. Zu Schriftführern werden Spanier-Stolzenau und Meyer-Hannover ernannt. Der Vorsitzende erteilt hierauf Koll. Waller-Moringen das Wort zu seinem Vortrage. „Bibel oder Bibelauszug?“ Nach Beendigung des mit Beifall aufgenommenen Referates entspinnt sich eine lebhafte Debatte besonders über die aufgestellten Thesen, (um deren Zusendung wir bitten! Red.) welche schließlich einer Kommission zur Durchberatung überwiesen werden. — Es folgte nun der wichtigste Punkt der Tagesordnung „Besprechung wegen Gründung eines D. J. L. B. Der Vorsitzende verliest die diesbezüglichen schriftlichen Verhandlungen mit dem D. J. G. B. und empfiehlt Annahme der Vorschläge des D. J. G. B., nachdem der Vertreter desselben beruhigende Erklärungen bezüglich der streitigen Punkte abgegeben. Es werden zwei Vertreter für den Delegierten-Tag gewählt. Hierauf ergreift Herr Konsul Simon-Hannover das Wort, um in längerer Rede die Lehrer für seine Ideen: „Förderung der Landwirtschaft und des Handwerks“ zu begeistern. Nachmittags 4 Uhr versammelten sich die Mitglieder in der israelitischen Religionsschule, woselbst Herr Hauptlehrer Reuß-Aurich eine Lehrprobe über das Thema „Pflichten gegen Landesvater und Vaterland“ hielt. Die Methode und Ausführung derselben wurden einer abfälligen Kritik unterzogen und manche Verstöße gegen die Vorschriften der Pädagogik bemängelt. Im allgemeinen war die recht gut disponierte Lehrprobe von echter Vaterlandsliebe und begeisternder Wärme durchdrungen. — Am 2. Konferenztage, morgens 8 Uhr beginnend, wurden die von der Kommission durchgearbeiteten Leitsätze von der Versammlung gutgeheißen, und der letzte Punkt der Tagesordnung „frei Besprechungen“ hielt die Teilnehmer noch eine geraume Weile beisammen. Mit dem Wunsche „auf fröhliches Wiedersehen im nächsten Jahre!“ wurde die Versammlung nach den üblichen Danksagungen vom Vorsitzenden geschlossen.

Sp.

3. Ueber die in Frankfurt a. M. stattgehabte Versammlung des Lehrervereins für das Großherzogtum Hessen geht uns von einem Vereinsmitgliede folgender Bericht zu: Die heftigen Angriffe, die der Kollege Kahn-Mainz im „Israelit“ seit Monaten gegen die Art und Weise gerichtet hatte, mit der der D. J. G. B. die Gründung eines D. J. L. B. in die Wege zu leiten versuchte, waren das Vorspiel der äußerst stürmischen Sitzung, die am 3. d. Mts. unser Verein in Frankfurt a. M. abhielt. Zu derselben hatte der Gemeindebund neben dem ortsansässigen Mitgliede des Ausschusses, Herrn Rechtsanwalt Plotke, als Delegierten, Herrn Direktor Dr. Adler aus Berlin eigens entsandt, und dieser Herr wird seine Anwesenheit unter den hessischen Lehrern sicher nicht zu angenehmsten Momenten seines Lebens zählen. Als der Vereinsvorsitzende dem Delegierten das Wort zur Begrüßung der Versammlung im Namen des D. J. G. B. geben wollte, stellte der Kollege Kahn den Antrag, dem Dr. Adler, der nicht Mitglied unseres Vereins sei, überhaupt das Wort nicht zu geben. Als dieser Antrag von der Versammlung mit großer Majorität abgelehnt wurde, protestierte K. unter Hinweis auf das Vereinsgesetz, daß der Delegierte an den Beratungen teilnehme. Es dauerte lange Zeit, ehe der Delegierte sich seines Auftrages entledigen konnte; seine Worte, die die Erinnerung an unseren unvergeßlichen Josef Klingenstein lebhaft wachriefen, fanden lauten Beifall. In der Beratung über den D. J. L. B. beantragte Kollege Kahn unter heftigen Angriffen gegen den Gemeindebund, dem er Handelsgeschäfte mit den Interessen der Lehrer und einseitige Parteinahme für das Reformjudentum vorwarf, daß Delegierte des Hessischen Lehrervereins sich mit anderen Delegierten zusammenthun und ohne Rücksicht auf den D. J. G. B. selbständig die Gründung eines Lehrerverbandes in die Hand nehmen sollten. Für die Gründung eines D. J. L. B. unter Teilnahme und Mitwirkung des Gemeindebundes trat neben Kollegen Marx, der in warmen Worten auf die Verdienste des D. J. G. B. um die Lehrer und ihre Vereine hinwies, vor allem Herr Dr. Adler ein. Seine ruhige Sprache, die Wucht der Thatsachen, die er den einseitigen Behauptungen des Kollegen Kahn und seiner Genossen vom „Israelit“ gegenüberstellte, bewirkten, daß im Laufe der Verhandlungen die Meinung der Versammlung für den D. J. G. B. sich günstiger gestaltete. Besonders eindrucksvoll waren die Mitteilungen des Delegierten über die Beteiligung der Lehrer an den Versicherungen bei der „Victoria“ und über die Leistungen des D. J. G. B. für die versicherten Lehrer. Auf die Angriffe gegen die einseitige religiöse Richtung innerhalb des Gemeindebundes, in denen sich neben Kollegen Kahn der Herr Rabb. Dr. Bondi aus Mainz hervorthat, betonte der Delegierte wiederholt, daß nach den Statuten des D. J. G. B. alle kultuellen und rituellen Angelegenheiten von der Behandlung ausgeschlossen sind. Mit scharfen Worten wies auch der zweite Delegierte des Gemeindebundes die Insinuationen zurück, die in dieser Beziehung gegen den D. J. G. B. gerichtet wurde. Nach vierstündiger Debatte wurde schließlich der Beschluß gefaßt: Der Verein für das Großherzogtum Hessen entsendet 2 Delegierte nach Berlin, die an der Gründung eines D. J. L. B. sich zu beteiligen haben, die aber darauf sehen sollen, daß dem

Gemeindebund weder Sitz noch Stimme im Vorstand gewährt werden." Gegen den zweiten Absatz stimmen nur 5 Mitglieder. Als Delegierte wurde der Vereinsvorsitzende Wertheimer-Heldenbergen sowie Herr Direktor Dr. Barnaß-Pfungstadt gewählt.

— s. —

4. Aus Breslau erhalten wir von befreundeter Seite einen launigen Bericht über die dort abgehaltene Konferenz des schlesisch-posen'schen Vereins, welch ersteren wir aber infolge seines Freskostils nicht bringen können und lieber auf das Eintreffen des offiziellen Protokolls warten wollen. Das Eine wollen wir verraten, daß dort, nach dem Berichte, dem anwesenden Vorsitzenden (sprich: Präsidenten) des „Reichsverbandes" unangenehme Wahrheiten gesagt wurden. Die Mitglieder hatten vermutlich unsere Artikel über den D. R. j. R. nicht allein, sie hatten auch verständnisinnig zwischen den Zeilen dieser Artikel gelesen und darnach gehandelt. Die Berichte über die anderen Versammlungen folgen in einer der nächsten Nummern.

Die „Reform"-Fibel.

Von Bernhard Traubenberg.

Unter lärmendem Tamtam und ohrenverwirrenden Paukenschlägen wird ein Machwerk in die Welt gesetzt, das von humanen Menschen, zu denen auch ich mich zähle, sicher mit dem Schleier der Liebe bedeckt worden wäre, damit kein Lüftchen der rauhen, zugigen Oeffentlichkeit, kein säuselnder Hauch den Todesschlaf der Mißgeburt störe.

Wenn ich aber diesmal die Mahnung des Psalmisten „Liebe deckt alles Fehlerhafte zu" mir nicht zur Richtschnur dienen lasse, so liegt das an der hochmütigen und übereilten Herausforderung, mit der Herr Katz in der letzten Nummer des „Jeschurun" sein überwältigend großes Werk anpreist und anpreisen läßt. Die maßlos superlative Sprache könnte doch manchen Lehrer zu seinem und seiner Schüler Schaden veranlassen, die „Reform"fibel einzuführen.

Die große „Reform", die angeblich einen völligen Umschwung in der Leselehrkunst hervorrufen soll, redet sich der Verfasser selber ein oder hat er sich von gut gelaunten Menschen, die ihm damit einen Streich spielen wollten, einreden lassen.

Ich habe keinen neuen Gedanken erwischen können, der sich in der Ausarbeitung der Fibel Bahn gebrochen hätte.

Wenn es nicht von einer engelgleichen pädagogischen Unschuld zeugte, so könnte ich es nur eine verbrecherische Ueberhebung, einen Dünkel ohne Gleichen nennen, wenn ein Herr Guttmann es wagt, das unter aller Kritik stehende Geschreibsel trotz der Existenz so klassischer Fibelwerke, wie die von Horwitz und Rahmer, „als die beste hebräische Fibel" zu besingen und wahre Wolken betäubenden Weihrauchs zum Lobe derselben aufsteigen zu lassen.

Wenn ich mich euphemistisch des Wortes „Arbeit", „Bearbeitung" bediene, so rufe ich eigentlich eine zu würdige Vorstellung von dem Büchel hervor.

Es ist nichts weniger als Arbeit, die zum Machen desselben erforderlich war.

Die Arbeit umfaßt 26 Seiten, denn was dann folgt, sind Stücke aus dem Sziddur, die jede andere Fibel auch enthält. Sehen wir aber näher zu, was auf den 26 Oktavseiten geboten wird.

Die ersten 7 Seiten werden mit dem Wiederabdruck eines Artikels gefüllt, der zuerst in der Allgem. Zeitung des Judentums, dann in der Jüdischen Presse — erinnere ich mich recht, — erschienen ist.

Es verbleiben für die eigene Arbeit noch 19 Seiten Lesestoff. Wer aber glaubt, 19 Seiten Text zu finden, der irrt sich gewaltig.

Er findet statt des Textes eine Fülle weißen Papiers, das einen in seiner Leerheit wie ein mächtiges Fragezeichen anglotzt. Das Buch giebt uns auf jeder Seite — sage und schreibe — eine Zeile durchschnittlich an wirklichem Lesestoff, wobei nicht einmal lauter verschiedene Wortbilder auftreten, sondern meistenteils verschiedenene Formen eines und desselben Stammes, z. B. S. 12 ידו, ידי, יד sich ungebührlich breit machen.

Die „Reform"arbeit birgt also kaum 20 Zeilen auf 19 Seiten und man muß leider sagen, daß dieser Zwanzigzeiler noch viel ungereimtes Zeug enthält.

Diese 20 Zeilen sind es also, die „einen völlig neuen Weg auf dem Gebiete des hebräischen Unterrichts bahnen" sollen, wie der Verfasser sich etwas selbstbewußt attestieren läßt.

Noch weniger erbaulich als das Mengenverhältnis, ist der Inhalt dieser zwanzigzeiligen „Reform"fibel.

Auf S. 8 der ersten Textseite werden sämtliche lange, kurze und zusammengesetzte Vokale auf einmal den siebenjährigen Schülern in den Kopf gepfropft.

S. 9 bringt 1 Zeile Lesestoff, S. 10 enthält $1\frac{1}{2}$ davon, doch dafür entschädigt uns die Uebersetzung der sehr wichtigen Wörter, von denen einige später folgen.

Nun wird dem Autor amtlich bescheinigt, daß die Fiebel keine unsinnigen Wortformen enthält, und ich muß, soll ich mich gegen die hohe Obrigkeit nicht versündigen, das auch ruhig glauben. Also unsinnig ist keine Wortform, ob aber Wörter wie וְוָו („und ein Haken") nicht geschmacklos sind und im höchsten Grade den gesunden Sprachsinn vergiften, ist eine andere Frage. Doch da der Herr Verfasser, wie er uns versichert, keine sinnlosen Wörter, die nicht im Sziddur und Machsor vorkommen, bringt, so kommt das liebliche Wortgebilde וְוָו, das unwillkürlich die Vorstellung des Hundegebells hervorruft, vermutlich in jedem Gebete einige Dutzendmal vor, daß er das Kind schon auf der 3. Textseite damit vertraut macht.

Ich möchte das Genie von Jungen sehen, das nach den 20 Textzeilen der Reformfibel geläufig lesen kann. Danach möge man beurteilen, was für Reformlesekünstler man nach dieser „Reform"fibel heranzüchten kann.

Dafür erfahren wir aber sehr früh, daß עַי eine Stadt in Kanaan ist, אֵי wo ist er, גַּי Thal heißt u. a. wichtige Dinge mehr.

Noch einer weltumstürzlerischen Umwälzung ist zu gedenken. Durch einen Bogen werden nämlich über den Wörtern die Silben zusammengefaßt.

Der Lehrer wird sich aber für diese Reform höflichst bedanken, durch die er selber überhaupt überflüssig und zu einer reinen Maschine herabgedrückt wird. Die Silbenteilung ergiebt sich von selber und wo nicht, soll die erläuternde Thätigkeit des Lehrers in Kraft treten, demnach hätte sich der Verfasser diese „Reform" als verschwenderischen Luxus sehr wohl sparen können.

Dann bleibt allerdings kein Wort mehr an der gewaltigen

„Reform“ übrig und die Fibel hätte das Licht der Welt nimmer erblickt.

Eine eingehendere Beleuchtung der Schwächen, der sogenannten Reformfibel ist nicht vonnöten, denn jeder urteilsfähige Lehrer wird die Schwächen und Schnitzer des Machwerks auf den ersten Blick selber erkennen, aber staunen muß man billig über den bescheidenen Sinn des Verfassers, der so selbstzufrieden und überlegen ob seiner grandiosen 20zeiligen Schöpfung lächelt. Vermutlich sind die Herren Kollegen weniger bescheiden und stellen ganz andere Forderungen an Inhalt und Quantität einer hebräischen Lesefibel, namentlich wenn sie unter der anmaßlichen Behauptung in die Welt tritt, „völlig neue Wege zu bahnen“.

La und Li.

Eine Hand wäscht die andere.

Dieser allerliebste Grundsatz ist selbstredend nur bei den bösen Juden verwerflich, aber bei denen, die ihr Deutschtum und Christentum zu einem Handelsartikel herabwürdigen, natürlich erlaubt. Zu den schlimmsten der Blätter, welche auf ihren eigenen Vorteil zugeschnitten sind, gehört die „Tägliche Rundschau“. Es wird uns kein Mensch für die heuchlerische „Kreuzzeitung“, für die Geldbeutel-opportune „Staatsbürgerzeitung“ mit ihren jämmerlichen und gehässigen Leitartikeln von vorne und den jüdischen Annoncen von hinten, für den verrückten „Bundschuh“ und für das alberne „Freideutschland“ Voreingenommenheit zum Vorwurfe machen; alle aber übertrifft die sich unparteiisch nennende „Tägl. Rundschau“ mit ihren Lügen vom Scheitel bis zur Fußsohle, denen sich ein beispielloser Cynismus in würdiger Vereinigung zugesellt.

Der Redakteur derselben, Herr Dr. Lange hat durch seine Schrift „Reines Deutschtum“ scheinbar eines argen Mißgriffs sich schuldig gemacht, die ihm nicht nur bei den Parteigenossen den Kredit vorübergehend — denn diese Ehrenmänner schlagen sich und — vertragen sich — entzogen, sondern ihn auch mit dem Verlust von Abonnenten bedroht. Da muß denn ein in den weitesten Kreisen unbekanater Herr Samiel Lienhard ausheifen, wofür ihm bei der in dieser Clique betriebenen gegenseitigen Haftpflicht wohl die „Unsterblichkeit“ jedenfalls zugesichert ist, und wäre es auch nur die unsterbliche Blamage, zu der jeder Staatsbürger berechtigt ist, und die große Geister nicht geniert. Herr Lienhardt schrieb in dem Blatt des Herrn Lange eine Lobhudelei über dessen Schrift, und wir denken uns die mise en scène der Artikel folgendermaßen: Herr Li trifft Herrn La mit sorgendurchfurchter Stirn und redet ihn mit der Frage an, was den Bärenhäuter-Genossen quäle? Ja, entgegnet dieser, „ich habe mit meiner Erklärung der Sachlage einen dummen Streich begangen, und mit dem „reinen Deutschtum“ mein Lager beschmutzt“. Darauf jener: „Da ist leicht abzuhelfen, ich schreibe eine Erklärung zu Deiner Erklärung, u. z. womöglich noch konfuser und oberdeutscher als Du; paß auf, es wird dann alles gut, dem guten Magen unserer Genossen dürfen wir schon etwas zumuten, je toller, desto besser!“ So entstanden wahrscheinlich die Artikel über „Christentum und Deutschtum“, oder richtiger „wie soll das Christentum verdeutscht werden?“, und da Bescheidenheit nur den Lumpen ziert, so genehmigte La die Aufnahme der Artikelserie des Li zur Rechtfertigung des „rühmlichst bekannten Buches“ des Herausgebers der „Tägl. Rundschau“ mit dem größten Vergnügen.

Die Quintessenz der in teutscher Zukunftssprache geschriebenen, mit einer Prise Nietzsche und einem Eimer Dühring'scher Jauche gewürzten Artikel besteht in der Abschwächung der bibelfeindlichen Schrift La's auf das Verlangen nach Sichtung und Verringerung des alttestamentlichen Unterrichtsstoffes. Da der Verf. sich aber noch soviel Urteilskraft bewahrt hat, um sich zu sagen, daß der Aufnahme einzelner, jeden Zusammenhanges entbehrender Erzählungen des A. T. große Schwierigkeiten entgegenstehen, so verweist er den Rest den erwachsenen Christen zur Privatlektüre! Also, in Zukunft soll neben dem corpus iuris die Bibel aufliegen, im Seziersaal soll sie als Nachschlagebuch dienen, das Kommersbuch wird beim Frühschoppen und auf der Abendkneipe durch biblische Erzählungen des A. und — auch-jüdischen — N. T. ersetzt werden, und dem Arbeiter wird die Frau zur Suppe und zum Fleisch den Bericht über den Fall Jerusalems auf den Arbeitsplatz als Gemüse mitbringen — wenn nicht das Bequemere vorgezogen wird, die späteren Bibelgelehrten auf demselben Niveau zu belassen, auf welchem heute die antisemitischen Talmudgelehrten stehen, d. h. durch kein nennenswertes Wissen von der Materie in der Beurteilung sich beeinflussen zu lassen.

Doch der ehrenwerte Verf. zerbricht sich über das Wie seines Vorschlages nicht den Kopf der Nachwelt, ja, nachdem er über das Christentum und sein Verhältnis zum Deutschtum ein Langes und ein Breites gefaselt hat, gesteht er recht naiv ein, selber nicht dermaßen im Christentume zu stehen, daß er alle kirchlichen Kreise befriedigen könnte und will, wenn blos das „reine Deutschtum“ gewahrt bleibe, jedem Volksgenossen überlassen, sich in seiner Art mit der Ewigkeit abzufinden.

Wenn es noch eines weiteren Beweises bedürfte, daß der Antisemitismus die Vorfrucht der Sozialdemokratie sei und der Atlas, der die Verneinung — das Nichts — trägt, besser war er nicht zu erbringen, und dafür allein gebührt dem Herrn Li aufrichtiger Dank, denn je mehr Klarheit über die Unklarheit, mit welcher in diesen Köpfen ihre Welt sich malt, geschaffen wird, desto leichter wird gegen die erkannte Krankheit ein Heilmittel sich finden lassen.

Nächst Ahlwardt war ein schlimmerer Verteidiger als der aus der antisemitischen Schule plaudernde Herr Li nicht denkbar, der nur etwas mehr als einzelne seiner Vorgänger, aber doch nichts Neues sagt, selbst die Verächtlichmachung der Geschlechtsregister des Matthäus und Lucas, um dadurch Jesus zu einer Art Arier zu stempeln, selbst durch Preisgabe der angeblichen Abstammung vom König David, ist nicht seinem Gehirn entsprungen. Er hat einfach anderen alles nachgeschrieben, und da er in der Auswahl seiner Quellen skrupellos zu Werke ging, so nahm sich er selbst der kulturullen Schnitzer liebevoll an.

Da aber ein bischen Heuchelei doch niemals fehlen darf, so nimmt er trotzdem aus der Schrift, was ihm paßt, so z. B. die Stelle aus dem Römerbriefe, daß „zuletzt auch die Judenschaft reuig hinzukommen werde“, ungeniert mit auf; jedenfalls schwebte ihm die Nietzsch'sche Theorie vor, daß den hartnäckigen Juden das „Friedensbedürfnis“ eingeprügelt werden solle. Wozu aber? Nach der Theorie der Deutschtümler werden doch selbst die getauften Juden bis in das zehnte Glied mit wahrhaft religiöser Liebe verfolgt, denn die Evangelisten sprechen nur von einem Hirten und einer Herde auf der

ganzen Erde (was übrigens die jüdischen Propheten schon viel früher geweissagt haben), aber daß die ganze Welt einstmal verteutscht werden soll im Sinne der Weltverbesserer der „unparteiischen" Tgl. Rundschau, davon steht weder im N. T. noch auch in der Kirchengeschichte, — die Li im Gegensatze zu der Glaubensgeschichte nur der Juden: dem A. T. — für die christlichen Arier als einzige Glaubensgeschichte reklemiert, auch nur eine Silbe. Li tacuisses. . . .

Sonstige geschmackvolle Ausdrücke, wie von der Entwicklung des Talmudismus zur Vertierung, überraschen uns bei den liebevollen Herzen der Herren nicht, und für die epochemachende Erfindung einer Mischreligion, namens Berg Garizin, überlassen wir der Wissenschaft, Herrn Li den gebührenden Dank auszusprechen. Der Zorn des Herrn Stöcker, welcher in Düsseldorf urbi et orbi verkündet hat, daß er die orthodoxen — also Talmud- — Juden liebe und nur die Reformjuden mit seiner Entrüstung beehre, ist dem Verfasser gewiß, und wehe dem Armen. Wir Juden aber müssen uns mit Fassung und Würde in das Unvermeidliche fügen und können es, solange noch hervorragende Instanzen, wie der uns tausendfach mehr als Herr Lienhard maßgebende „Verein für wissenschaftliche Pädagogik", uns günstiger beurteilen. Bei der von bedeutenden Männern aus allen Teilen Deutschlands beschickten Pfingst-Jahresversammlung zu Eisenach hat dieser Verein der These zugestimmt, daß die Religion der Israeliten, welche die stärkste Wurzel ihres Nationalgefühls war, den Volkscharakter günstig beeinflußt und deshalb die Entstehung des Christentums ermöglicht habe! Das genügt. Dr. M.

Feuilleton.

Entgleist!

Eine galizische Erzählung von Wilhelm Feldman.

(Fortsetzung).

„Wie geht es Dir? was hört man? was machst Du? wie gehen die Geschäfte?" Und Rifka klagte vor ihr. „O, miserabel. Die Not wird immer größer, täglich wird's für uns Juden schlimmer. Ich sage Dir, alles, was auf der Welt vorgeht, ist nur gegen uns gerichtet, um uns zuzusetzen, uns des Brotes zu berauben. Vor einigen Jahren entstand das Wuchergesetz, jetzt wieder das Gesetz gegen die Schenken. Aber weißt Du, diese Herren glauben mit diesen Gesetzen uns zuzusetzen, während wir dabei nicht am schlechtesten wegkommen, denn den Schaden erleiden sie selbst. Wie hat sich alles verschlechtert! Der Bauer ist stolz geworden, er war früher dumm, jetzt wird er klüger und — schlechter. Und wir müssen uns Rat geben. Ich bitte Dich, im Laden habe ich verschiedene Waren zum Verkaufe. Bei mir geht alles ordentlich, anständig zu, und deshalb habe ich auch so viel Kunden. Da kommt Dir ein Bauer und beginnt zu feilschen . . ich verlange für ein Pfund Zucker 20 Kreuzer, er will's nicht geben, handelt und will weggehen. Was thun, verlieren kann ich nicht, ich möchte verdienen, also muß ich das entweder an der Qualität oder am Gewichte der Ware wieder einbringen. Der Bauer verliert ja streng genommen nichts, denn er bekommt soviel und solche Ware, wieviel er Geld giebt, und dennoch schreit man gleich, daß wir betrügen, — obwohl das nicht wahr ist." — Und die redselige Hotelierin klagte vor der Schwester über die schlechten Zeiten, und Klara lauschte aufmerksam ohne Gewissensbisse diesen Worten, welche ihr die Lebensverhältnisse erklärten und die Handlungsweise der Kaufleute, welche sie bisher verdammte, in einem neuen Lichte erscheinen ließen.

„Rifka, Rifkchen, Wirtin", ließ sich plötzlich eine lustige Baßstimme hören und eine breitschultrige Gestalt schob sich ins Zimmer hinein.

„Meine Reverenz", rief Rifka emporschnellend. „Was ist denn los, daß der gnädige Herr Verwalter in der Stadt ist?" Und sich verbeugend, lud sie den Gast ins zweite Zimmer, wo Klara saß. Letztere erkannte in dem Eintretenden den Herrn Molicki, den sie bei der Herrschaft Krasicki zweimal gesehen hatte. Sie wurde über sein Erscheinen verlegen, und er, sie erblickend, war nicht weniger verwundert und grüßte sehr artig.

„Was sehe ich? Sie, Fräulein, hier?"

„Ja, so, ich muß hier einige Stunden auf die Ankunft des Lemberger Zuges warten, obwohl der Ort nicht passend ist."

„Wie denn? Erwarten Sie jemand? oder . . ."

„Nein, ich selbst reise ab." Und nach und nach erzählte ihm Klara alles, was vorgefallen, ihm nur das Hauptmotiv ihres Austrittes verheimlichend. Sie sprach viel, mehr als nötig, aber das that ihrem vollen Herzen not. Das verschaffte ihr eine kleine Erleichterung.

„So, so", meinte Molicki, „ich kenne sehr gut diese Krasicki's. Eine aufgeblasene Gesellschaft. Sie steifen sich auf ihr Geld, und der Teufel weiß auf welche Weise sie dazu gelangt sind. Der Alte war einst mit mir zusammen beim Grafen, und es ließe sich so manches erzählen . . . aber . . .!"

Nach einer Weile schlug er sich mit der Hand auf die Stirn, als wäre ihm ein guter Gedanke gekommen.

„Ach, das ist gut!" rief er. „Sie, Fräulein, wünschen wahrscheinlich einen neuen Posten, nicht wahr?" — „Natürlich!" — „Bravo! wie sich das ausgezeichnet trifft! Meine arme Bronia . . . Aber Sie wissen nicht, von wem ich spreche. Meine Frau heißt Bronislawa und meine Tochter Lise, Elise. Sie ist bereits zwölf Jahre alt. Bisher hat sich meine arme Frau mit ihr geplackt, jetzt gedenke ich ganz einfach eine Lehrerin aufzunehmen und offeriere Ihnen diesen Posten. Lise, mein Fräulein, ist ein gutes Kind, oder richtiger ein heranwachsendes Mädchen; Sie werden sich also nicht so wie mit jenen Knirpsen abplacken müssen, und außerdem weiß ich selbst sehr gut, wie man solch einer jungen und gebildeten Person, wie Sie es sind, zu begegnen hat; und über die Bedingungen, Fräulein, werden wir uns schon einigen. Sie werden sich hier noch aufhalten, bis ich meine Geschäfte besorge, und dann fahren wir gleich nach Parowce".

Klara befand sich in solcher Lage, daß sie diese Proposition sehr erfreute. Sie ging auf die für sie günstigen Bedingungen ein und schaute heiteren Blickes in die Welt. Molicki rieb sich die Hände, ins andere Zimmer gehend: „So wahr ich Gott lieb habe, es ist mir prachtvoll gelungen! Und wie wird sich Bronia mit dieser Gehilfin und Gefährtin freuen!" Und leise fügte er bei: „Wenigstens werde ich einmal diesen Krasicki's zusetzen".

Nach einer Weile vernahm Klara zu ihrem größten Erstaunen, wie derselbe Molicki mit Rifka ein sehr lebhaftes Gespräch im jüdischen Jargon führte. Er herrschte ihn vorzüglich, und Rifka, wie es schien daran gewöhnt, sprach mit der ganzen Natürlichkeit und Schlichtheit.

„Ich bin hergekommen", sagte Molicki, „denn ich brauche Geld. Der Graf ist im Bade, die Ernte im Gange, und ich habe nicht die Arbeiter zu bezahlen. Ich war in der Bank . ." — „Und dort hat man gewiß nichts gegeben", unterbrach Rifka sarkastisch. — „Daß sie dort der Donner treffe mit ihren Reglements und Paragraphen. Sie sagen, daß die Hypothek bereits belastet ist, daß die Zinsen im Rückstande sind, und drohen mit Lizitation! Dem Grafen mit Lizitation zu drohen! Das ist eine unerhörte Sache?"

„Und warum zahlt nicht der Graf?" — „Er zahlt nicht . . nun weil er nicht zahlt! Ei, es war früher besser! Ich pflegte mir früher bei Deinem seligen Jankel zu leihen soviel ich nötig hatte. Es ist wahr — ich zahlte gesalzene Zinsen, aber was thut's? Dafür kannte ich keinen Termin. Hatte ich nicht gleich zu zahlen, nun so machten wir das schon unter uns ab; ich gab einen Koretz Weizen, einige Hühner vom Meierhofe, und alles war in Ordnung! Und jetzt? Zinsen zahlen, die Hypothekarbücher klecksen, tausend Formalitäten und Kosten, und sollte man nur einen Termin verfehlen . . lizitieren sie gleich! O, daß ich sie gar nicht kennte! Rifka, Rifkchen, Ihr werdet mir einige hundert Gulden geben". Und der Handel begann.

Molicki sprach ein reines Jüdisch, den Jargon hie und da mit einem polnischen Ausrufungsworte oder Fluche durchwirkend. Rifka lieh endlich das Geld, nicht auf den Namen des Grafen, welcher schon ganz in Mißkredit zu stehen schien, nur dem Herrn Molicki. — Aus dieser Szene erfuhr Klara, daß ihr neuer Herr ein ehrenhafter Mensch sein müsse, wenn er Rifka's Vertrauen besitzt. Abends war sie schon in Parowce.

XVII.

Herr Molicki war Oekonom, oder richtiger Verwalter in Parowce, welches Dorf dem Grafen D. von seinem ausgedehnter Güterkomplexe geblieben war.

Der Graf, ein leichtsinniger und ehrloser Mensch, hatte sein Erbteil von seinen Vorfahren durchgebracht, einzelne Dörfer gingen in die Hände Krasicki's und ähnlicher „neuer" Individuen über. Dank Molicki, der mit grenzenloser Aufopferung und wahrer Selbstverleugnung dem Grafen treu diente, ihn fanatisch liebte, blieb noch die Besitzung Parowce bei ihrem Erbherrn. Molicki hatte nämlich seine ganze Existenz dem Grafen zu verdanken. Er entstammte einer Bauernfamilie, oder — wie eine Legende besagte — sehr hohen Sphären. Auf dem gräflichen Gute erzogen, begann er seinen Dienst mit dem Amte eines Hirten und dann eines Küchenjungen; allmählich, stufenweise in dem Maße, wie der Graf materiell herunterkam, avancierend, wurde er mit der Zeit der einzige Oberoffizial, und als solcher verwaltete er, wenn auch ohne theoretische Bildung, das Gut. Er hat nur zwei Leidenschaften: seine Anhänglichkeit an den Grafen und die an höchste Verehrung grenzende Liebe für seine Frau. Die zweite Leidenschaft hat ihre Quelle in der ersten. Es ist nämlich Thatsache, daß die Frau Bronislawa einst sehr intime Verhältnisse mit dem Grafen unterhalten hatte und aus seinen Händen ging sie erst mit Molicki zum Altar, der am Trauungstage einen höhern Rang und höhere Gage erhielt. Im Laufe der Zeit aber schloß er sich wie rasend seiner schönen Frau an, besiegte sogar ihren Stolz und ihre Gleichgiltigkeit, wovon Lise der Beweis war, sich allen Klatschzungen zum Trotz auf die frappante Aehnlichkeit zwischen sich und seiner Tochter berufend.

(Fortsetzung folgt.)

Wochen-Chronik.

Bürgerliche Verhältnisse.

* **Neues vom „Geschäftsantisemitismus".** Unter dieser Stichzeile schreibt ein Berliner Antisemitenblatt: „Unlängst wurde in Wien ein jüdischer Kaufmann verhaftet, weil er als Konkurrent einer Sensen- und Gerätehandlung in Wien öffentlich behauptet hatte, der Inhaber dieser Handlung sei ein polnischer Jude. Während dieser erste Geschäftsantisemit seiner Strafe entgegensieht, hat er bereits Nachfolgerschaft erhalten und seltsam! die zweite antisemitische Geschäftsgruppe ist ebenfalls jüdisch. In einigen jüdischen Zeitungen wird von dem Berliner Witzblatz „Lustige Blätter" gesagt, daß es seit einiger Zeit antisemitische Witze mache, weil es konservativen Provinzialzeitungen als Beilage gegeben werde. Verleger und Redakteur der „Lustigen Blätter" sind Juden. Daß sich jüdische Geschäftsleute selbst antisemitischer Gedanken bedienen würden, um unlauteren Wettbewerb zu machen, das ist in der That verblüffend!" — Die Thatsache ist fast noch trauriger, als das Deutsch des urteutschen Blattes in dem letzten Satze.

* **Allgemeine Konferenz für Judenmission.** Vom 6. bis 8. dieses Monats wurde sie in Leipzig abgehalten und sollte nach dem Vorbericht der „Kreuzztg." sich u. a. mit folgenden Fragen befassen: „. . . 2. Welche Anknüpfungspunkte findet die evangelische Verkündigung bei den Juden? Ref. Rabbiner a. D. J. Lichtenstein-Pest. (Nicht aus Pest, aus einem ungarischen Nest ist dieser Mann gekommen, der es fertig gebracht hatte, zu gleicher Zeit im Dienste des Judentums und der Judenmission zu stehn und sich für beide Dienste bezahlen zu lassen! Red.). 3. Wie verhält sich die Mission gegenüber christgläubigen Juden, welche durch Annahme der Taufe ihre Subsistenz verlieren würden? Ref.: Oberpastor em. R. Gurland-Riga. 4. Welche Bedeutung hat die zionistische Bewegung unter den Juden für die Mission; Ref.: Pastor W. Faber-Berlin. 5. Ist die Bildung judenchristlicher Gemeinden von der Mission anzustreben? Ref.: Probst R. Faltin-Kischinew. 6) Welches ist die richtige Stellung christgläubiger Juden zum Gesetz? Ref.: Pastor A. Gaebelein-New-York." — Einige Referenten aus Rußland und England führen jüdische Familiennamen.

* **Jüdische und antisemitische Moral.** Nr. 1: Ein gewisser Dr. Bock in Peine in der Provinz Hannover veröffentlicht in der „Peiner Zeitung" vom 19. Mai d. J. ein Inserat, in welchem er die Eröffnung einer Poliklinik anzeigt und gleichzeitig dabei bemerkt, daß Unbemittelte unentgeltlich behandelt werden. Er fährt dann in dem Inserate wörtlich fort: „Ausgeschlossen von dieser freien ärztlichen Behandlung sind: 1. Solche, welche ein Honorar bezahlen können. 2. Mitglieder von Krankenkassen. 3. Kranke, welche zur Zeit schon in ärztlicher Behandlung sind. 4. Juden." — Nr. 2: Rechtsanwalt Max Bernstein in München hat gegenüber seinen Klienten in dem bekannten Prozeß gegen die armen Fuchsmühler Bauern sowohl auf sein Honorar als Verteidiger, als auch auf Rückerstattung seiner nicht unbedeutenden Barauslagen verzichtet. — Die „Kreuzztg." hat uns vor nicht langer Zeit eine unerbetene Gratisvorlesung über den gewaltigen Unterschied zwischen jüdischer und christlicher Moral gehalten; nachträglich müssen wir ihr das Zugeständnis machen, daß sie teilweise recht hatte: Wenn

auch nicht zwischen jüdischer und christlicher, zwischen jüdischer und antisemitischer Moral ist doch ein gar gewaltiger Unterschied — wie Figura zeigt.

* **Einer Fälschung** haben sich die „Deutsch-sozialen Blätter" schuldig gemacht, um Felix Dahn als einen der Ihrigen zu proklamieren. Der Dichter habe sich — schreiben sie — nunmehr offen zum Antisemitismus bekannt, indem er den österreichischen Gesinnungsgenossen aus Anlaß der antisemitischen Wahlsiege in Wien ein begeistertes Trutz- und Kampflied widmete. Und nun drucken sie eine Dichtung Dahn's ab, setzen dazu die Ueberschrift „Gruß an Deutsch-Oesterreich (Zu den antisemitischen Wahlsiegen in Wien)" und schließen mit der Unterschrift „Felix Dahn". Wie der Börsen-Courier mitteilt hat aber Dahn dieses Lied vor Jahren zur Gründung des Deutschen Schulvereins in Oesterreich, einer bei den Antisemiten sehr schlecht angeschriebenen Institution, verfaßt. Wir und Tausende wissen das; wir und Tausende wissen deshalb auch, daß der Zusatz „zu den antisemitischen Wahlsiegen in Wien" bewußt gefälscht sein muß. Die Redaktion der antisemitischen Blätter, die sich freudig zum Abdruck der gefälschten Mitteilung hergegeben, hätten aus dem Inhalt der Dichtung ihre Bestimmung herauslesen können, wenn sie gewollt hätten.

— Im österr. Parlament haben die antisemitischen Abgg. Schneider und Genossen eine Interpellation an den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern gerichtet, welche sich auf die jüdischen Religionsgrundsätze bezieht. Die Antragsteller führen aus, es sei zweifellos, daß die unter uns lebenden Juden gewisse geheime Lehren beobachteten, welche in der Oeffentlichkeit wenig oder garnicht bekannt seien. So heiße es in dem, in Volks- und Bürgerschulen und in den unteren Klassen der Mittelschulen allgemein zugelassenen kurzgefaßten „Religions- und Sittenlehre für die israelitische Jugend" von Dr. H. Wolf: „Außer den Geboten und Gesetzen, die die Heilige Schrift enthält, schreibt uns die Religion noch Gebote vor, die sich als Tradition fortgeerbt haben". (Gemeint ist natürlich der Talmud! Red.) Durch diesen Satz werde zugestanden, daß die Juden Lehren befolgen, welche sie mündlich tradieren, Lehren, welche nicht gedruckt oder wenigstens nicht für die Allgemeinheit verständlich gedruckt werden. Die Anfragesteller verweisen dann auf das Flugblatt „Die Wahrheit über die Juden" von Theodor Fritsch, dessen Inhalt nicht bestritten werde, (Unglaublich!) aus dem einfachen Grunde, weil er dem gerichtlichen Gutachten Jakob Ecker's entnommen sei, dessen Richtigkeit selbst von Juden anerkannt werden müsse. Deshalb gehe die Anfrage dahin: „Ist die Regierung geneigt, den Inhalt dieses Flugblattes zur Kenntnis zu nehmen und was gedenkt sie gegenüber einem Volke zu thun, dessen Priester derartiges lehren?" — Wir wollen die Antwort abwarten und alsdann unsrerseits antworten.

*m **Aus Bukarest** wird uns geschrieben: Dr. Critzmann wurde zum Laboratoriumschef der medizinischen Klinik am Brancovan-Hospital in Bukarest ernannt. Wäre das ein vom Staate unterhaltenes Krankenhaus, dann hätte Dr. Critzmann niemals die Ernennung erhalten, da er ein Jude, d. h. ein „Fremder" ist, obwohl er der Sohn von Eltern ist, welche beide in Bukarest geboren wurden und hier gelebt haben. Die Verwaltungsbehörde des Hospitals, das von der Familie des verstorbenen Fürsten Brancovan für Kranke ohne Unterschied des Glaubens gegründet wurde, hat glücklicherweise liberalere Ansichten als die gegenwärtige Regierung in Rumänien, denn in demselben Krankenhause sind noch zwei andere Juden, die Herren Dr. Schachmann und Dr. Marcel, beschäftigt und wegen ihrer uneigennützigen Freundlichkeit sind sie bei Christen und Juden in gleicher Weise beliebt. Was Dr. Critzmann angeht, so hat er einen glänzenden Studiengang in Paris durchgemacht, wo er an der „Encyclopaedie Scientifique" mitarbeitete und von der medizinischen Fakultät den Doktortitel erhielt. Von der französischen Regierung wurde er mit einer Mission nach der Nordgrenze betraut und erhielt, nachdem er seine Aufgabe glänzend gelöst hatte, eine goldene Medaille. In Bukarest leistete Dr. Critzmann der leidenden Menschheit ohne Unterschied der Nationalität oder der Religion hervorragende Dienste.

* a **Die jüdischen Abgeordneten in Italien.** Man schreibt uns aus Rom. Bei den italienischen Parlamentswahlen, welche am 26. Mai stattfanden, wurden folgende jüdische Kandidaten zu Abgeordneten gewählt: Luigi Luzzatti in Abano, Riccardo Luzzatto in San Daniele (Friaul), Romanin-Jacur in Piove di Sacco, Pavia in Soresina, Wollemborg in Cittadella, Barzilai in Rom, Sidney Sonnino (der italienische Finanzminister) in San Casciano, Weill-Weiß in Rho, Morpurgo in Cividale und Attilio Luzzatto in Montevarchi. — In Stichwahl standen: Treves in Venedig, Levi in Reggio Emilia und Ippolito Luzzatti in Vignale; Levi ist in der Stichwahl unterlegen, die beiden anderen wurden gewählt. — Durchgefallen sind: Modigliani in Grosseto, Sacerdoti in Parma, Carpi in Montevarchi, Levi in Treviso, Levi in Turin, Sorani in Scansano, Pisa in Crema, Praga in Rovigo, Donati in Vittorio und Besso in Dolo.

— Herr Luigi Luzzatti, der hervorragende Nationalökonom und frühere Schatzminister, wurde einstimmig zum Ehrenpräsidenten des siebenten Volksbanken-Kongresses ernannt, der jüngst in Nîmes (Frankreich) stattfand.

Gemeinde, Synagoge und Schule.

* **Berliner Nachrichten.** Von seiten eines Herrn, welcher als Berichterstatter in den Repräsentantensitzungen der jüdischen Gemeinde thätig ist, geht uns folgende Beschwerde zu: Ein jeder, der einmal auf der Zuhörergallerie des Sitzungssaales der jüdischen Gemeinde den Verhandlungen beigewohnt hat, wird sich mit Recht über die dort herrschende mangelnde Akustik beklagen. Dieser Mißstand ist am beklagenswertesten für die Vertreter der Presse, denen doch daran gelegen sein muß, jedes unten gesprochene Wort im Interesse der Wahrheit deutlich zu verstehen. Das ist jedoch leider nur in sehr unvollkommenem Maße möglich, sehr häufig konnte ich einen Redner gar nicht verstehen, und erst aus den Erwiderungen der nach ihm sprechenden Herren vermochte ich erst zu entnehmen, was der Redner eigentlich gemeint hatte. Daß unter solchen Zuständen die Richtigkeit und Zuverlässigkeit der Berichte notwendig leiden muß, liegt klar auf der Hand, und im Interesse derjenigen, denen unsere Gemeindeangelegenheiten anvertraut sind, sollte es am meisten liegen, hier Abhilfe zu schaffen. Sollte es denn gar nicht möglich sein, den Berichterstattern einen Platz im Beratungssaale selber einzuräumen? Das wäre meiner Meinung nach der beste, ja der einzige Ausweg aus dieser Misere, und möchte ich dem Vorstande dringend ans Herz legen, diesem bescheidenen Wunsche sein Ohr nicht zu verschließen. W.

— Der Humanitätsverein Gewul tauw veranstaltet am Dienstag, 25. d. M., im Hotel König von Portugal eine außerordentliche General-Versammlung mit einer wichtigen Tagesordnung, worauf wir die geehrten Mitglieder des Humanitätsvereins hierdurch aufmerksam machen.

— Die am Dienstag Abend stattgehabte Monatsversammlung der Wissenschaftlichen Vereinigung jüdischer Schulmänner war sehr zahlreich besucht. Herr Landesrabbiner Dr. Feilchenfeld-Schwerin hielt einen Vortrag über die Methode des Religions-Unterrichtes und erntete reichen Beifall. Einen Auszug aus dem trefflichen Vortrage bringen wir in der nächsten Nummer. Es wurde alsdann über die Maßregelung der jüdischen Hospitantinnen an den hiesigen Gemeindeschulen debattiert und zur Beischaffung und Sichtung des einschlägigen Materials eine Kommission eingesetzt. (cfr. den Ort. „Ein Mißverständnis“.)

— Zur Frage des jüdischen Religionsunterrichts an den öffentlichen Lehranstalten liefert Herr Willy Heß einiges interessante Material. Fest steht es, daß die 851 jüdischen Schüler, welche die königlichen Schulen besuchen, keinen Religionunterricht erhalten. Allerdings soll zum Winter Besserung eintreten, da für den Religionsunterricht an diesen Schulen in der vorletzten Sitzung der Repräsentanten-Versammlung 3600 Mk. bewilligt wurden. — In den städtischen höheren Lehranstalten befinden sich 3030 Schüler, davon in Schulen mit jüdischem Religionsunterricht nur 2055, so daß auch in den höheren städtischen Schulen 978 jüdischen Schülern die Gelegenheit, Unterricht in ihrer Religion zu erhalten, fehlt. Unter den Privatschulen, die von 335 jüdischen Knaben besucht werden, bieten nur zwei ihren 109 Schülern Gelegenheit, jüdischen Religionsunterricht zu erhalten. — An sämtlichen höheren Knabenschulen Berlins steht das Resultat so, daß von 4216 jüdischen Schülern nur 2161 die Möglichkeit haben, an den Schulen, welche sie besuchen, einen jüdischen Religionsunterricht zu empfangen. Unerwähnt darf nicht bleiben, daß keineswegs in den Schulen, in denen jüdische Religion gelehrt wird, alle Kinder daran teilnehmen, insbesondere entfallen in mehreren städtischen Schulen die Kinder der Vorschulklassen, in denen jüdischer Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt wird, obschon doch nicht einzusehen ist, warum die jüdischen Kinder nicht ebenso gut wie die christlichen schon in diesem jugendlichen Alter oder vielmehr erst recht in diesen Jahren in den Lehren ihres Bekenntnisses unterwiesen werden. Schweren Tadel verdient die Gepflogenheit mancher jüdischer Eltern, welche ihre Kinder an dem christlichen Religionsunterricht teilnehmen lassen. Die Schuld daran trägt die mangelnde Möglichkeit, den Kindern in der von ihnen besuchten Schule selbst Unterweisung in der eigenen Religion angedeihen zu lassen. Diese traurige Thatsache allein sollte eine ernsthafte Mahnung sein, jenem Mangel abzuhelfen!

*g **Vor der Strafkammer in Bromberg** wurde am 28. Mai nochmals in der Prozeßsache gegen den Gastwirt Abraham Cohn als Repräsentanten der jüdischen Gemeinde zu Labischin wegen Urkundenfälschung verhandelt. In der Sitzung der Strafkammer desselben Landgerichts vom 7. Januar d. J. wurde, wie Sie s. Z. gemeldet, der Genannte wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis (und zwar zusätzlich zu einer durch Urteil derselben Strafkammer vom 7 Mai 1894 über ihn verhängten Strafe), sowie zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Als Urkundenfälschung wurde erachtet eine vom Angeklagten vorgenommene Textesänderung in einem Protokollbuch, welches über die Sitzungen der jüdischen Gemeindevertreter geführt wurde. Bekanntlich enthält das fragliche Protokoll den Beschluß der letzteren vom 27. März 1891 über die Verlängerung seines Vertrages mit dem auf drei Jahre zum Kantor gewählten Herrn Rosenthal. Gegen obiges Urteil hatte der Angeklagte Cohn Revision beim Reichsgericht beantragt, und dieses hatte nun in seiner Sitzung vom 22. März d. J. erkannt, daß das erste Urteil aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Vorinstanz zurückzuverweisen sei. Diese Verhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Hier und dort.

— Aus Berlin. Am letzten Sonntag wurden mehrere Konfirmandinnen in der Lindenstraße eingesegnet. — An demselben Tage verschied der Stadtverordnete Herr Spediteur B. Bernhardt im Alter von 79 Jahren. Der Verstorbene hat seit 1861 ununterbrochen der Stadtverordneten-Versammlung angehört. Im Jahre 1865, dem Konfliktjahre, wurde er zum unbesoldeten Stadtrat gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt. Ob der Entschlafene auch für die Angelegenheiten der jüd. Gemeinde Interesse gezeigt, ist uns nicht bekannt. — Der Militär- und Sanitätsverein „Deutsches Vaterland“ hat ein treues Mitglied verloren in der Person des Gerichtsvollziehers a. D. und Ritters des eisernen Kreuzes, Joseph Kajet. Die Bestattung fand unter stattlicher Beteiligung am Dienstag statt. — Der Zentralverein „Deutsch. Staatsb. jüd. Glaub.“ hat seinen Mitbegründer, das Vorstandsmitglied Ad. Salomon verloren. Der Vorstand des Z.-V. widmet dem Entschlafenen folgenden Nachruf: „Durch das Hinscheiden des Herrn Adolph Salomon hat unser Verein einen schwer empfundenen Verlust erlitten. Mitbegründer des Vereins, hat der Verblichene bis zum Tode als allzeit arbeitsfreudiges Mitglied dem Vorstand angehört, stets bereit dem Unrecht entgegen zu treten, wo es sein Haupt erhob, stets ein wahrer Freund der Unterdrückten. Sein Beispiel wird uns stets ein Ansporn sein, sein Andenken stets rege in uns bleiben.“ — Herr Salomon wurde auf einem Kommunalkirchhof bestattet. — Herr Dr. Cohn, bisher Rabb. der jüdischen Gemeinde an der Potsdamer Brücke hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt und Berlin verlassen. Sein Nachfolger ist sein bisheriger Adlatus, Herr Dr. Petuchowski.

— In dem Prozeß gegen die „Tägliche Rundschau“, den verschiedene Privatkläger wegen der auch sie treffenden Beleidigung deutscher Juden angestrengt hatten, hat das Kammergericht die von den Klägern eingelegte Revision zurückgewiesen, so daß Dr. Lange endgiltig freigesprochen ist.

— Von den 543 Kandidaten, welche in den Jahren 1893/94 Examen für das Lehramt an höheren Schulen ablegten, waren 12 Juden. Die preußischen höheren Lehranstalten wurden im Sommersemester 1893 von rund 142 000 Schülern besucht, im Wintersemester von rund 3700 Schülern weniger. Davon waren dem Bekenntnisse nach 65,5 pCt. evangelisch, 25,8 pCt. katholisch, 0,2 pCt. dissidentisch und 8,5 pCt. jüdisch.

— Die Monatsschrift, die der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgiebt, nennt sich „Im deutschen Reiche“.

— Auf dem Begräbnisplatz der jüdischen Gemeinde zu Arnswalde, dem Wahlkreise Ahlwardts, sind jüngst 30 eiserne Grabdenkmäler aus der Erde gerissen, umgeworfen und teilweise zerstört worden. Von den Gräbern sind die Blumen und Ziergewächse mit rohem Vandalismus abgerissen worden. Die Thäter sind noch nicht ermittelt.

— Der als Kandidat der antisemitischen Volkspartei für die Reichstagsersatzwahl im Kreise Kolberg-Köslin aufgestellte Kaufmann Karl Paasch dementiert die Behauptung verschiedener Blätter, daß er wegen Geisteskrankheit entmündigt worden sei. Die fortgesetzten Erhebungen über seinen Geisteszustand hätten ergeben, daß er sich im Vollbesitze seiner geistigen Kräfte befinde. — Schon möglich. Von denjenigen, welche ihn wählen, wird man das Gleiche wohl nicht sagen können!

— In Hannover wird die Einrichtung besonderer Kurse für die reiferen Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten, auch für solche, welche die Religionsschule nicht besucht haben, geplant. In zwei wöchentlichen Stunden soll ihnen jüdische Geschichte und systematischer Religionsunterricht erteilt werden, während diejenigen, welche ihre hebräischen Kenntnisse vervollkommnen wollen, außerdem in einer oder zwei Stunden Gelegenheit haben würden, das Erlernte zu wiederholen, zu befestigen und zu erweitern. — Eine beachtens- und nachahmenswerte Einrichtung!

— Am 20. Mai waren 50 Jahre vergangen, daß die Frankfurter Versorgungsanstalt für Israeliten durch Senatsbeschluß als juristische Person anerkannt wurde. Am 10. Juni 1845 wurde die Anstalt in einem von der Israelitischen Krankenkasse gemieteten Hause mit einem Pfründner eröffnet. Am 1. Dezember 1852 wurde ein eigenes Haus (Wollgraben 8) erworben und bezogen, der 1890 einem den hygienischen Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Neubau wich. Seitdem ist die Zahl der Pfründner bis auf 28 gestiegen. Dementsprechend haben sich die Ausgaben erhöht.

— In Eisenach tagte die Jahresversammlung des Vereins für wissenschaftliche Pädagogik unter Teilnahme zahlreicher Mitglieder aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands. Erster Gegenstand der Debatte war: „Die Beziehungen der Religion zum Nationalgefühl bei den alten Israeliten". Die Hauptgedanken, daß bei den Israeliten die Religion die stärkste Wurzel des Nationalgefühls war und daß dieser auch eine große ethische Bedeutung insofern zuzusprechen sei, als sie den Volkscharakter günstig beeinflußt und so die Entstehung des Christentums ermöglicht habe, fanden im wesentlichen die Zustimmung der Versammlung. — Nun, also! Wenn aber wir das sagen, so erblickt man hierin „jüdischen Hochmut" und wie die Dinge sonst noch heißen.

— Am 4. dies. Monats hat in Beuthen eine Versammlung des oberschlesischen Rabbiner-Verbandes stattgefunden. Zu Vorsitzenden des Verbandes wurden für die Zeitdauer von 3 Jahren Rabbiner Dr. Kohn-Kattowitz und Rabbiner Dr. Münz-Gleiwitz gewählt. — Am nämlichen Tage ist in Krefeld die Konstituierung des Rheinischen Rabbiner-Verbandes, an der sämtliche in den Gemeinden der Rheinprovinz amtierende Rabbiner teilnahmen, erfolgt.

— Die Juden im österreichischen Heere haben bessere Aussichten, befördert zu werden, als ihre Kameraden im . . . . preußischen Heere. Unlängst wurde Major Hermann Kraft zum Oberstleutnant und zum Regimentskommandeur in Klagenfurt ernannt. t.

— Aus Rumänien sind neuerdings wieder 40 jüdische Familien nach Cypern ausgewandert, nachdem die bereits dort ansässigen Angehörigen sehr günstige Berichte über ihr Fortkommen nach Rumänien haben gelangen lassen. z.

— Die Zahl der Juden Rumäniens beträgt, nach dem nunmehr vorliegenden offiziellen Bericht, 243,225 Seelen unter 4973,418 Einwohnern, also nicht, wie von feindlicher Seite behauptet wird, „mehr als 400,000", von denen 70000 in den kleinen Städten und Landgemeinden der Moldau wohnen. Die stärksten Gemeinden sind: Jassy (33,258), Bukarest (31,251), Botoschani (17,123), Galatz (13,370). Die Juden bilden 5 pCt. der Bevölkerung Rumäniens.

— Etwas Statistik. Im Gouvernement Grodno wohnen 235,471 Juden unter 865,451 Griechisch-Orthodoxen, 400,218 Katholiken, 12,218 Protestanten, 3509 Muhamedanern. Die Kriminalstatistik dagegen ergiebt, daß auf 392 griechisch-orthodoxe und 251 sonst christliche Verbrecher nur 95 jüdische kamen, während es nach der Seelenzahl die Juden 138 jüdische Verbrecher hätten sein dürfen. — Der Sterblichkeit unter den Juden in Odessa ist viel geringer, als unter den Nichtjuden. Während von erwachsenen Nichtjuden 1 von 35 starb, kam erst auf 47 Juden ein Sterbefall, bei den Kindern stellte sich das Verhältnis: 1 von 253 Nichtjuden, dagegen erst 1 von 430 Juden. — Die Juden scheinen demnach besser gefeit gegen physischen und moralischen Tod, als ihre nichtjüdischen Mitbürger.

— Der russische Stabsarzt Dr. Nicolaus Oeran starb im vorigen Monat in Taschkent (Buchara). Er war ein sehr guter Freund der jüdischen Armen, denen er umsonst Rat und Heilmittel gab. Bei seiner Bestattung war die jüdische Gemeinde offiziell vertreten, und ein ungewöhnlicher Vorfall ereignete sich: der Chasan sang am Grabe einen geeigneten Psalm in hebräischer Sprache. w.

— Ein amerikanisch-jüdisches Blatt schlägt vor, daß hinfort jeder jüdische Student, der die Rabbinerseminare „Jewish Theological Seminary" in New-York oder das „Hebrew Union College" in Cincinnati besucht, gehalten sei, vor Beendigung seines Studiums und Ausfertigung des entsprechenden Zeugnisses ein Jahr als Wander-Lehrer und Wander-Prediger in den kleinen jüdischen Gemeinden zu fungieren. Der Vorteil wäre auf beiden Seiten; die jungen Leute erlangten die so nötige praktische Uebung, die kleinen Gemeinden würden ihren Zusammenhang mit dem Judentum befestigen, und es ist daher erfreulich, daß man ernsthaft an die Verwirklichung dieses Planes geht.

Wochen-	Mai 1895.	Sivan 5655.	Kalender.
Freitag . . .	14	22	(Sabb.-Anf. 8,41)
Sonnabend . .	15	23	שלחלך (S. Ausg. 9,26).
Sonntag . . .	16	24	
Montag . . .	17	25	
Dienstag . . .	18	26	
Mittwoch . .	19	27	
Donnerstag . .	20	28	
Freitag . . .	21	29	

Jüdische Gemeinde.

Gottesdienst.

Freitag, den 14. Juni in allen Synagogen, Abends 7½ Uhr.

Sonnabend, den 15. Juni in der alten Synagoge Morgens 8½ Uhr, in den übrigen Synag. Morgens 9 Uhr.

Predigten. Vorm. 10 Uhr: Neue Synagoge, Hr. Rabbiner Dr. Maybaum, Kaiserstr.-Synag., Herr Rabbiner Dr. Ungerleider.

Jugendgottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Alte Synagoge, Herr Rabb. Dr. Weiße.

Abendgottesdienst 9¼ Uhr.

Gottesdienst an den Wochentagen: in allen Synag. Morg. 6½ u. Abends 6½ Uhr.

Vereinstafel.

Name des Vereins.	Vorsitzender.	Schriftführer.	Rendant.	Controlleur.	Vereinsarzt.	Syndicus.
Humanitäts-Verein für Gewerbetreibende.	A. Büchel, Hackescher Markt 2.	B. Königsberger, Potsdamerstr. 13.	H. Löwy, Dorotheenstraße 92.	A. Sommerfeld Gertraudtenstraße 18/19.	Dr. Rosenthal, Alte Schönhauserstr. 53.	
Humanitätsverein Gewul tauw.	G. Michaelis, Winterfeldtstraße 34.	L. Rieß, Stralauerstraße 33.	S. Dewitz, Kurfürstenstr. 20.		Dr. Löwenstein, Kl. Frankfurterstr. 5. 8—9. 4—5. Dr. Samter, Wilhelmstr. 12 8—9½. 4½—6.	Rechtsanwalt Cohn, Spandauerstr. 36/37 4—5. Rechtsanwalt Lehmann, Andreasstr. 32. 3½—6½.
Wohlthätigkeitsverein Gemilus Chassodim:	J. Rosenthal, Landsbergerstraße 76. 8—9.	J. Rehfeld, Dragonerstr. 7.	J. Baschwitz, Friedrichstraße 123.	Rechtsanwalt Goldschmidt, Rosenthalerstraße 19.	Dr. Margoniner, Lothringerstr. 50. 8—9. 4—5.	

Vakanzenliste.

Sandberg, Pos.: Sofort Kant., Schoch., Rell. Eink. 900 Mk., fr. Wohn. Reisek. dem Gew.

Schierstein a. Rhein: Per 1. Juli Rell., Kant., Schoch. 500 garant. Neb. 500 Mk. Meld. von seminar. Gebild. an Tob. Kohn.

Lubasch, Pos.: Per 1. Juli Kant., Sch., Rell. Fix. 700, Neb. ca. 200 Mk., fr. Wohn.

Anrächte. Per 1. Juli Kant. u. Lehr. Anfangsgeh. 900 M. u. fr. Wohn. Meld. an Simon Rapp.

Weisenau b. Mainz. Per 1. Sept. unverh. inländ. Kl., C., Schoch. Fix. 400, Nebeneink. 400 Mk. u. fr. Wohn.

Kaufhaus
Hermann Engel

Berlin NO., Landsbergerstr. 87.

Ausserordentl. Gelegenheitskauf zu
Brautkleidern.

ctm.		pr. Meter
52/53.	Weisshalbseid. Brautkleideratlas	1,75.
50.	ivoir, reinseid. Merveilleux	1,75.
50/51.	crême, reinseid. Armure	2,25.
52/53.	do. do. Armure diagonal	2,75.
50/51.	do. do. Damassé	3,00.
52/53.	do. do. Satin Duchesse	3,75.
53/54.	do. do. Damassé française	4,50.
53/54.	do. do. Moiré antique	5,00.

Sonstige ausserordentliche
Gelegenheitskäufe.

ctm.		pr. Meter
50/51.	Schwarz rein seid. Merveilleux	1,20.
40/50.	do. do. Damassé	1,75.
50/51.	do. do. Armure	2,25.
50/52.	do. do. Satin Luxor	2,75.
50/52.	do. do. Faille française	3,00.
56.	do. do. Satin Duchesse	4,00.
53/54.	do. do. Moiré modern	3,75.

Versand gegen Nachnahme franco oder vorherige Einsendung des Betrages.

Geöffnet werktäglich bis
9 Uhr Abends.

Nicht convenierendes wird gegen sofortige Rücksendung des Geldes zurückgenommen.

Prima Räucherwurst

aus nur bestem kernigstem Fleisch fabriziert, streng כשר versende auch nach **aussserhalb**

9-Pfd.-Packet nur 10 Mk.

incl. Porto.

Versand nur gegen vorher. Einsend. des Betrages oder Nachnahme.

J. Israel,
Berlin - Weissensee,
Charlottenburgerstr. 86.

Schiduchim

werden unter strengster Discretion vermittet. Gefl. Anfragen beliebe man unter **H. S.** an die Exped. d. Bl. zu richten.

Geldmann

thätig oder still, für lukrativ. Unternehmen gesucht.
Offerten mit der Aufschrift „Geldmann" an die Exped. d. Ztg.

Für die Sommerfrische

eignet sich wegen ihrer **übersichtlichen, knappen Darstellungsweise** und **ihrer schnellen Berichterstattung** ganz besonders als Lectüre die

Freisinnige Zeitung

begründet von **Eugen Richter.**

Man abonniert bei allen Postanstalten auf die „Freisinnige Zeitung" pro 3. Quartal für

3 Mk. 60 Pf.

Neue Abonnenten erhalten gegen Einsendung der Postquittung an die Expedition, Berlin SW., Zimmerstr. 8, die noch im Juni erscheinenden Ausgaben und den Anfang des laufenden Romans gratis.

Musik. gebild. Kantor

mit schöner Stimme wird לר"ה"ויכ für den Gottesdienst mit Orgelbegleitung im Saale des Konzerthauses Leipzigerstr. 48, gesucht. Gehalt M. 400. Schriftl. Meldungen nebst Zeugnissen an

Ludwig Rieß
Berlin, Stralauerstr. 33.

G. Herbert, Berlin S.W. 13, Alte Jacobstr. 5. Filiale **Basel,** Kaufhausgasse 7. Aelteste Werkstätten für **Ornate,** für **Rabb., Prediger, Kantoren, Richter** u. **Rechtsanwälte** 2c. liefert in allen Preislagen zu soliden u. festen Preisen. Feinste Referenz. Bequeme Theilzahlungen. Fernprecher=Amt IV 1255.

Achtung

verschafft sich meine Ia. כשר Seife, in Güte und Ausdauer alle anderen Fabrikate verdrängend auch כשר für פסח Postpaket frco. Nachnahme ganz Deutschland nur M. 3,20. Wiederverkäufer u. Restauranten bei größerer Abnahme Rabatt.

H. Mannheim, ש"ץ ושו"ב
Derenburg a. Harz.

Ref. Ehrw. Herrn Rabbiner Dr. Auerbach. Rabb. Nobel. Rabbiner Cohn, in Halberstadt und Distr. Rabb. Wißmann in Schwabach.

Chasan und Schochet.

Diese Stelle, mit **M. 1500 Jahresgehalt,** ist mit Juli oder innerhalb 2—3 Monaten, neu zu besetzen. Ledige, musikalisch gebildete, Bewerber wollen sich unter Einsendung ihrer Original=Zeugnisse, melden.

Neuß a. Rh., 12. Juni 1895.
Der Vorstand.

Ein junges Mädchen, 21 Jahre alt, aus guter Familie, sucht zum 1. October als

Gesellschafterin

und Stütze jeglicher häuslichen Arbeit Stellung.

Clara Samuel,
Stolp i. Pomm., Höchstestr.

Verantwortlicher Redakteur: A. Levin in Berlin. — Druck von E. Wertheim, Berlin NW 7, Friedrichstr. 94.